
Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus

Sitzungstermin: Mittwoch, 14.01.2015, 17:00 Uhr

Raum, Ort: Beratungsraum 1b, Rathausanbau, Neuer Markt 1, 18055 Rostock

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung, der Anwesenheit und der Beschlussfähigkeit
- 2 Änderungen der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 19.11.2014
- 4 **Anträge**
- 4.1 Eva-Maria Kröger (für die Fraktion DIE LINKE.) 2014/BV/0359-02 (ÄA)
Analyse zur Fortführung der IGA Rostock 2003 GmbH
- 5 **Beschlussvorlagen**
- 5.1 Analyse zur Fortführung der IGA Rostock 2003 GmbH 2014/BV/0359
- 5.1.1 Analyse zur Fortführung der IGA Rostock 2003 GmbH 2014/BV/0359-01 (NB)
- 5.2 Wirtschaftsplan 2015 des Eigenbetriebes "Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde" 2014/BV/0488
- 5.3 Verlängerung der Veränderungssperre zum 2014/BV/0339
Bebauungsplangebiet Nr. 01.WA.183 "Schutz des Wohnens
vor Umwandlung in Ferienwohnungen in Warnemünde"
- 5.4 1.Änderung des Bebauungsplanes Nr. 12.W.60 2014/BV/0491
"Brinckmanshöhe" - Aufstellungsbeschluss
- 5.5 Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 2014/BV/5206
12.W.174
"Wohnen am Hürbaasweg"
- 6 **Informationsvorlagen**
- 6.1 Erarbeitung eines Hafenentwicklungsplanes 2030 (HEP) für die 2014/IV/0373
Hansestadt Rostock
- 7 **Verschiedenes**

7.1 Vorstellung des Masterplanes Fischereihafen Rostock durch
Frau Priebe, Geschäftsführerin der Rostocker Fracht- und
Fischereihafen GmbH

8 Schließen der Sitzung

Nichtöffentlicher Teil

9 Verschiedenes

9.1 Information des Amtes für Stadtentwicklung, Stadtplanung und
Wirtschaft

9.2 Information der Ausschussvorsitzenden

Anke Knitter
Ausschussvorsitzende

Änderungsantrag Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft Ersteller: Sitzungsdienst Beteiligt:	Datum: 17.12.2014									
Eva-Maria Kröger (für die Fraktion DIE LINKE.) Analyse zur Fortführung der IGA Rostock 2003 GmbH										
Beratungsfolge: <table border="1"> <thead> <tr> <th>Datum</th> <th>Gremium</th> <th>Zuständigkeit</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td>16.12.2014</td> <td>Hauptausschuss</td> <td>Vorberatung</td> </tr> <tr> <td>28.01.2015</td> <td>Bürgerschaft</td> <td>Entscheidung</td> </tr> </tbody> </table>		Datum	Gremium	Zuständigkeit	16.12.2014	Hauptausschuss	Vorberatung	28.01.2015	Bürgerschaft	Entscheidung
Datum	Gremium	Zuständigkeit								
16.12.2014	Hauptausschuss	Vorberatung								
28.01.2015	Bürgerschaft	Entscheidung								

Beschlussvorschlag:

Der Punkt 4 des Beschlussvorschlages wird wie folgt erweitert:

„Mögliche Mehraufwendungen bei den Personalkosten durch die Personalüberleitung dürfen nicht zu Lasten der Aufgabenerfüllung finanziert werden.“

Sachverhalt:

Damit lautet der Punkt 4 des Beschlussvorschlages wie folgt:

4. Den künftigen Aufgabenträgern wird dauerhaft mindestens der im städtischen Haushalt geordnete Zuschuss an die IGA Rostock 2003 GmbH in Höhe von 2,1 Mio. Euro zugewiesen. Des Weiteren erhalten die künftigen Aufgabenträger die jeweiligen Einnahmen und Personalstellen. Die Zahl der Stellen wird auch bei Anpassung an das Tarifsystem des Öffentlichen Dienstes nicht reduziert.
Mögliche Mehraufwendungen bei den Personalkosten durch die Personalüberleitung dürfen nicht zu Lasten der Aufgabenerfüllung finanziert werden.

gez.
 Eva-Maria Kröger
 Fraktionsvorsitzende

Beschlussvorlage	Datum: 23.10.2014
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft	fed. Senator/-in: OB, Roland Methling
	bet. Senator/-in:
Federführendes Amt: Zentrale Steuerung	bet. Senator/-in:
Beteiligte Ämter:	
Analyse zur Fortführung der IGA Rostock 2003 GmbH	
Beratungsfolge:	
Datum	Gremium
	Zuständigkeit
18.11.2014	Hauptausschuss
19.11.2014	Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus
20.11.2014	Kulturausschuss
20.11.2014	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung
	Vorberatung
03.12.2014	Bürgerschaft
	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Bürgerschaft beschließt:

1. Die Bürgerschaft stimmt dem Szenario 2 zu.
2. Die Gesellschaft „IGA Rostock 2003 GmbH“ wird aufgelöst.
3. Die Teilaufgaben der IGA Rostock 2003 GmbH werden auf bestehende städtische Strukturen in Verbindung mit einem Personalübergang übertragen.
4. Der im städtischen Haushalt geordnete Zuschuss an die IGA Rostock 2003 GmbH wird den künftigen Aufgabenträger zugewiesen.

- am 24.11.2014 durch OB zurückgestellt Wo./03.1

Beschlussvorschriften: § 22 Kommunalverfassung M-V

bereits gefasste Beschlüsse: 2014/DA/5591

Sachverhalt:

Der Hauptausschuss der Bürgerschaft hat in seiner Sitzung am 29.04.2014 (2014/DA/5591) den Beschluss gefasst, die RVV zu beauftragen, ein Konzept zur Fortführung der Großmarkt Rostock GmbH und der IGA Rostock 2003 GmbH zu erstellen. Da es keine Überschneidungen hinsichtlich der Geschäftsbereiche zwischen Großmarkt Rostock GmbH und der IGA Rostock 2003 GmbH gibt, wurde das Konzept zur Fortführung der Großmarkt Rostock GmbH bereits der Bürgerschaft in der Novembersitzung zur Beschlussfassung vorgelegt.

Vor diesem Hintergrund wurde die anliegende Analyse von der RVV GmbH erarbeitet. Sie dient der Darstellung der Ergebnisse der Untersuchung der Unternehmensstrukturen unter Berücksichtigung der einzelnen Geschäftsbereiche in gesellschaftsrechtlicher, inhaltlicher/ fachlicher und personeller Hinsicht sowie der Prüfung möglicher Synergien mit anderen

städtischen Gesellschaften oder Einrichtungen. Sie entspricht insofern dem geplanten inhaltlichen Ablauf der konzeptionellen Untersuchung, welche der Bürgerschaft mittels Informationsvorlage (2014/IV/5669) in ihrer Sitzung am 02.07.2014 zur Kenntnis gegeben wurde.

Aus analytischer Sicht werden durch die RVV GmbH für die Zukunft der IGA Rostock 2003 GmbH **zwei Szenarien** gesehen:

Szenario 1:

Die Weiterführung der IGA Rostock 2003 GmbH in bisheriger Form, mit den bisherigen Aufgaben und mit der Konsequenz der Bestellung eines Geschäftsführers einschließlich der Behebung der personellen Defizite. Mehraufwendungen lassen sich nicht vermeiden, die Grundprobleme des Unternehmens bleiben ungelöst, wie

- die inhaltlich und wirtschaftlich schlechte Ausstattung und
- die zu geringe Größe für die Vielfalt und Komplexität der Aufgaben.

Eine finanzielle Untersetzung des Entwicklungskonzeptes würde nicht nur zu erheblichen Aufwendungen zur Umsetzung führen. Es sind dann zusätzlich umfangreiche Finanzmittel notwendig, um im Unternehmen neue Kapazitäten zu schaffen, da ein solches Projekt durch das Unternehmen in der gegenwärtigen Form inhaltlich und fachlich nicht abgedeckt werden kann und ist aus Sicht der Verwaltung nicht mehr vertretbar.

Szenario 2:

Mehraufwendungen werden nicht erwartet. Die Aufgaben werden durch bereits bestehende städtische Strukturen erfüllt. Zu diesem Zweck werden den Verwaltungseinheiten und Unternehmen sowohl bereits im Haushalt geordnete finanzielle Mittel als auch Personal überlassen. Insofern würde der bisher an die IGA gewährte Zuschuss aufgeteilt und im städtischen Haushalt entsprechend abgebildet werden. Das Personal würde im Rahmen einer Personalüberleitung an die Stadtverwaltung und an die Rostocker Messe- und Stadthallengesellschaft mbH übergehen.

Durch die Konzentration auf die Kernaufgaben sind Synergie-Effekte zu erwarten. Zudem werden Parallelstrukturen abgebaut. Gleichzeitig kann bei finanzieller Untersetzung das Entwicklungskonzept in der bestehenden Ämterstruktur mit weniger zusätzlichen personellen Kapazitäten umgesetzt werden.

Die Details einer möglichen Aufgabenübertragung müssen durch einen Projektkoordinator in Funktion des Geschäftsführers und Liquidators in Zusammenarbeit mit den beteiligten Fachämtern herausgearbeitet werden. Diese Funktion ist originär durch die Verwaltung der Hansestadt Rostock wahrzunehmen. Um einen zentralen Ansprechpartner für Belange des Parks beizubehalten, ist eine Projektleiterstelle innerhalb der Stadtverwaltung denkbar. Hier könnten auch etwaige Projektideen unter Einbeziehung der jeweiligen städtischen Kompetenzträger begleitet werden.

Nach vollzogener Aufgabenübertragung soll die Gesellschaft aufgegeben werden. In der Folge entstehen Kosteneinsparungen in begrenzter Höhe (Jahresabschlusskosten, Kosten der Buchführung).

Im Ergebnis muss zum jetzigen Zeitpunkt festgestellt werden, dass das im Gesellschaftsvertrag definierte Ziel, den IGA Park zu einem touristischen Anziehungspunkt überregionaler Bedeutung zu entwickeln, nicht erreicht wurde. Unter den jetzigen Rahmenbedingungen stellt die immanente Divergenz zwischen Park und Museum zweifellos ein Erschwernis dar - während der Park überwiegend von Rostockern frequentiert wird, generiert das Museum seine Besucher zum Großteil aus Touristen. Dies gestaltet die Vermarktung und Öffentlichkeitsarbeit schwierig.

Aus vorgenannten Gründen bzw. zur Optimierung der aufgabenbezogenen Prozesse ist die Konzentration auf Kernaufgaben geboten. Zur Effizienzsteigerung der Aufgabenträger, zur

Erhöhung der Veranstaltungssicherheit und zum Abbau von Parallelstrukturen wird die Umsetzung **von Szenario (2)** empfohlen.

Wichtiger Aspekt hierbei ist, dass die Teilfunktionen der IGA

- die Veranstaltungen,
- der Park,
- das Museum und
- die Umweltbildung

erhalten bleiben. Diese Bereiche werden nur in andere Verantwortungsbereiche der Hansestadt Rostock überführt.

Der Aufsichtsrat hat die vorliegende Analyse in seiner Sitzung am 21.10.2014 zur Kenntnis genommen und hat sich mehrheitlich dafür ausgesprochen, dass die Gesellschaft im Sinne des Entwicklungskonzeptes fortzuführen ist, um den Park und das Schiffbau- und Schifffahrtsmuseum zu einem touristischen Anziehungspunkt mit überregionaler Bedeutung und positiver Synergien für Anwohner und Touristen zu entwickeln.

Finanzielle Auswirkungen: Keine

Roland Methling

Anlage:

Analyse zur Fortführung der IGA Rostock 2003 GmbH

IGA Rostock 2003 GmbH

Eine Bestandsaufnahme.

1. Präambel

Der Hauptausschuss der Hansestadt Rostock hat die RVV GmbH am 29.04.2014 beauftragt, ein Konzept zur Fortführung der Großmarkt Rostock GmbH und der IGA Rostock 2003 GmbH zu erstellen sowie einen Verfahrensvorschlag zur Geschäftsführerbestellung zu unterbreiten. Vor diesem Hintergrund wurde die vorliegende Analyse erarbeitet. Sie dient der Darstellung der Ergebnisse der Untersuchung der Unternehmensstrukturen unter Berücksichtigung der einzelnen Geschäftsbereiche in gesellschaftsrechtlicher, inhaltlicher/ fachlicher und personeller Hinsicht sowie der Prüfung möglicher Synergien mit anderen städtischen Gesellschaften oder Einrichtungen. Sie entspricht insofern dem geplanten inhaltlichen Ablauf der konzeptionellen Untersuchung, welcher der Bürgerschaft mittels Informationsvorlage (2014/IV/5669) in ihrer Sitzung am 02.07.2014 zur Kenntnis gegeben wurde. Das Entwicklungskonzept für den IGA Park, das die Bürgerschaft in ihrer Sitzung am 05.03.2014 zur Kenntnis genommen hat (2013/AN/5095), war nicht Gegenstand des Prüfauftrags der RVV GmbH. Es wurde bei der Analyse daher nicht einer Bewertung unterzogen. Da es keine Überschneidungen hinsichtlich der Geschäftsbereiche zwischen der Großmarkt Rostock GmbH und der IGA Rostock 2003 GmbH gibt, wurde das Konzept zur Fortführung der Großmarkt Rostock GmbH bereits in der Bürgerschaftssitzung im November vorgelegt.

2. Gesellschaftsrecht

Die IGA Rostock 2003 GmbH (IGA) wurde mit Sitz in Rostock am 26. Juli 1998 gegründet. Sie ist eine Tochtergesellschaft der Hansestadt Rostock, welche 100 Prozent der Gesellschaftsanteile hält. Das Stammkapital beträgt 60.000,00 DM und ist in voller Höhe eingezahlt.

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß Gesellschaftsvertrag die Förderung des Naturschutzes, des Umweltschutzes, des Landschaftsschutzes, der Kunst und Kultur, der Bildung und Erziehung sowie der Wissenschaft und Forschung¹.

Die Gesellschaft verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke². Diese werden im Einzelnen verwirklicht durch:

- a) Betreibung eines Schifffahrtsmuseums sowie die Ausstellung und Pflege des maritimen Museumsgutes,
- b) Bildungsarbeit,
- c) Durchführung von künstlerischen Aktionen in der Parkanlage,

¹ § 2 Nr. 1 des Gesellschaftsvertrages.

² Vgl. § 2 Nr. 2 des Gesellschaftsvertrages.

- d) Unterhaltung eines Parks zur besuchergerechten Nutzung unter besonderer Berücksichtigung der Anforderungen des Landschafts- und Naturschutzes und des Erhalts schutzwürdiger Landschaftsflächen und Biotope,
- e) Entwicklung des IGA-Parks zu einem touristischen Anziehungspunkt von überregionaler Bedeutung³.

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig. Sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke⁴.

Die Organe der Gesellschaft sind Geschäftsführung, Aufsichtsrat und Gesellschafterversammlung. Darüber hinaus hat die Gesellschafterversammlung einen Fachbeirat mit beratender Funktion eingerichtet, ohne dass dieser ein Organ der Gesellschaft ist.

Derzeit ist ein alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer bestellt, Prokura ist gegenwärtig nicht erteilt.

Seit Abschluss der Internationalen Gartenbauausstellung im Jahr 2003 wurde die Geschäftsführung der Gesellschaft über eine Geschäftsführergestellung geregelt. Von 2004 an hat ein Geschäftsführer einer anderen städtischen Gesellschaft die Geschäftsführung der IGA Rostock 2003 als Nebenaufgabe übernommen. Einen ausschließlich für die IGA bestellten Geschäftsführer gab es seitdem nicht.

Seit 2005 war der Geschäftsführer der Großmarkt Rostock GmbH zugleich für die IGA Rostock 2003 GmbH zuständig.

3. Aufgabenfelder (inhaltliche und fachliche Betrachtung)

Mit der Geschäftstätigkeit der IGA sind vielfältige Aufgaben verbunden:

- 1) Pflege der Parkanlagen
- 2) Pflege und Unterhaltung des Weidendoms
- 3) Unterhaltung der Bauwerke und Brücken
- 4) Unterhaltung des Traditionsschiffes und der schwimmenden Objekte
- 5) Betrieb des Schiffbau- und Schifffahrtsmuseums
- 6) Umweltbildung
- 7) Durchführung von Eigenveranstaltungen der IGA
- 8) Durchführung von Fremdveranstaltungen (Konzerte u.ä.) auf der Zeltbühne und Festwiese

³ Vgl. § 2 Nr. 4 des Gesellschaftsvertrages.

⁴ § 2 Nr. 5 des Gesellschaftsvertrages.

Das von der IGA genutzte Grundstück hat eine Größe von etwa 75 Hektar. Es befindet sich im Eigentum der Hansestadt Rostock und wurde der Gesellschaft unentgeltlich überlassen. Im Nutzungsüberlassungsvertrag vom November 1999 heißt es: „ Der Vertrag [...] wird auf unbestimmte Zeit abgeschlossen. Er endet jedoch spätestens mit Auflösung der IGA GmbH.“⁵

1) Pflege der Parkanlagen

Die Pflege der Parkanlagen erfolgt überwiegend durch beauftragte Fachfirmen. Hierzu werden regelmäßig drei Pflegelose ausgeschrieben. Diese beziehen sich hauptsächlich auf Pflanzungen, Unkrautbeseitigung und Mäharbeiten. Neben Wiesen sowie Rasen- und Pflanzungsflächen zählen zum Parkgelände:

- vier verbliebene Nationengärten (Japan, China, Ungarn, Holland),
- weitere verbliebene gärtnerische Anlagen (Der Traum des kleinen Smutje, Die Welle),
- zwei Spielplätze und eine Spiel- und Sportanlage (Inselspielplatz, Baumvasen, Schiffsarena),
- Grillplatz,
- Strand,
- Barfußpfad und Naturerlebnispfad,
- zahlreiche Wege, Bänke und Beschilderungen,
- Toilettenanlagen,
- mehrere Gewässer (Schmarler Bach, Altarm Schmarler Bach, Klostergraben Nord und Süd sowie sonstige Gewässer und Gewässerabschnitte)
- ca. 20 Hektar Landschaftsschutzgebiet (Niederungsgebiet mit Schilfbewuchs und Holzstegen).

Die genannten Objekte erfordern ebenfalls Pflege- oder Instandhaltungsarbeiten. Diese werden teils in Eigenleistung der IGA und teils durch beauftragte Fachfirmen erbracht.

Besonderes Kennzeichen des IGA Parks ist die Mischung aus intensiv gestalteten, einfach gehaltenen und völlig naturbelassenen Arealen.

Insbesondere bezüglich der Instandhaltung der Nationengärten zeigt sich die Problematik, dass die Internationale Gartenbauausstellung 2003 nur als temporäre Ausstellung konzipiert war. Bei vielen Bauten schlägt sich dies konstruktiv und qualitativ nieder, so dass die Instandhaltung aufwendig und zum Teil schwierig ist. So ist z.B. die weitere Nutzung des Holländischen Pavillons aufgrund statischer Belange der sehr hohen Stahlkonstruktion gegenwärtig nur bis maximal 2018 prognostizierbar.

Im Bereich der Parkpflege fällt eine Parallelstruktur der Stadt Rostock auf. **Die IGA erfüllt zum Großteil die gleichen Aufgaben wie das Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege.** Sowohl Spielplatzunterhaltung, Gewässerunterhaltung, gärtnerische Pflege und die Vergabe von Pflegeleistungen werden in der Verwaltungseinheit erbracht.

⁵ § 2 des Nutzungsüberlassungsvertrages.

Es ist einerseits anzunehmen, dass die Verwaltung hier durch Größenvorteile effizienter agieren kann, weil die Mitarbeiter sich auf Teilaufgaben wie Spielplatzunterhaltung oder Vergabe spezialisieren können. Neben der gärtnerischen Pflege in Eigenleistung laufen die übrigen Aufgaben in der IGA hingegen in einer Teilzeitstelle zusammen, was zu Kapazitätsbeschränkungen führt. Andererseits ist der Pflegestandard im IGA Park gegenwärtig höher als in öffentlichen Rostocker Parkanlagen, die durch die Stadtverwaltung betreut werden.

2) Pflege und Unterhaltung des Weidendoms

Der Weidendom im IGA Park gilt als das größte lebende Bauwerk der Welt. Im Weidendom werden von Mai bis September Gottesdienste und Veranstaltungen durchgeführt. Der Weidendom wird durch den Verein Freundeskreis Weidendom e.V. betrieben.

Auch der Weidendom war konstruktiv nicht als dauerhaftes Objekt konzipiert. Dessen dauerhafte Instandhaltung erforderte in der Folge Maßnahmen, die der Betreiberverein allein personell und materiell nicht leisten konnte. Vor diesem Hintergrund beschloss der Aufsichtsrat der IGA im Jahr 2011, den Freundeskreis Weidendom e.V. hinsichtlich der Pflege des Weidendoms und der Veranstaltungs- und Werbekosten durch die Gesellschaft zu unterstützen. Durch die IGA wurde eine Bewässerungsanlage installiert, eine Stützkonstruktion eingebaut und das Zeltdach erneuert. Die Unterhaltungs- und Instandhaltungsaufwendungen der IGA für den Weidendom gestalten sich wie folgt.

	2012	2013	2014 (V'lst)
Summe in TEUR	18	15	51

Die Unterstützungsleistungen zum Erhalt des Weidendoms sind durch den Gesellschaftszweck der IGA abgedeckt.

3) Unterhaltung der Bauwerke und Brücken

Auf dem Areal des IGA Parks befinden sich sechs Brückenbauwerke:

- die Messebrücke II,
- die Nordbrücke,
- die Aussichtsbrücke,
- die Klostergrabenbrücke,
- der Klostergrabendurchlass und
- der Steg zum Schöpfwerk.

Weitere Bauwerke sind der Messturm, die Treppenstufenanlage am Traditionsschiff, die Steganlage am Traditionsschiff und die Pier sowie das Mecklenburger Hallenhaus, Kassenhäuser, Pavillons (Cafés, Info), Container und die Zeltbühne.

Zur Unterhaltung und Instandhaltung der vorgenannten Bauwerke ist umfangreiches technologisches Wissen erforderlich. Betriebsintern ist dies gegenwärtig personell nur unzureichend abgedeckt. Faktisch gestaltet sich eine Lösung schwierig, da die Vielfalt der technologischen Belange einerseits Spezialisierung gebietet, deren Quantität andererseits die Auslastung einer Vollzeitstelle kritisch erscheinen lässt. In der Konsequenz werden derzeit viele Aufgaben fremdvergeben. Zugleich gestaltet sich ein kritisches Hinterfragen hinsichtlich Notwendigkeit und Umfang auszuführender Maßnahmen schwierig, weil eine interne fachlich fundierte Diskussion gegenwärtig nur selten gewährleistet werden kann.

Insbesondere **hinsichtlich der Brückenunterhaltung bestehen erhebliche Schnittmengen mit der Verwaltung der Hansestadt Rostock**. Auch die Brücken im IGA Park sind Eigentum der Hansestadt und wurden der IGA im Rahmen des Nutzungsüberlassungsvertrages überantwortet. Die IGA ist bezüglich vorgeschriebener Prüfintervalle und Instandhaltungsmaßnahmen gegenüber dem Tief- und Hafenbauamt rechenschaftspflichtig, da das Tiefbauamt für Brücken zuständig ist. Daher ist dort die erforderliche technologische Fachkompetenz durch Brückenbauingenieure abgedeckt. Zudem kann auf Ingenieure weiterer Spezialisierungsrichtungen zurückgegriffen werden, da das Tiefbauamt öffentlich gewidmete und öffentlich zugängliche Verkehrsanlagen verantwortet.

4) Unterhaltung des Traditionsschiffes und der schwimmenden Objekte

Das Traditionsschiff ist Eigentum der IGA. Die übrigen schwimmenden Objekte sind

- Schwimmkran „Langer Heinrich“,
- Betonschiff „Capella“,
- Hebeschiff „1. Mai“.

Sie sind Leihgaben der Hansestadt Rostock, wobei die Verkehrssicherungspflicht und die laufende Unterhaltung der IGA obliegen. Instandhaltungen wesentlichen Ausmaßes liegen im Verantwortungsbereich der Stadt. Im Namen des Leihgebers ist das Amt für Kultur, Denkmalpflege und Museen zuständig.

Die Liegeplatzgenehmigungen für alle schwimmenden Objekte werden durch den Hafenkapitän erteilt. In seinen Verantwortungsbereich fallen auch das Hafengelände der IGA sowie der öffentliche Anleger an der Pier. Während die Bewirtschaftung durch die IGA erfolgt, ist die Ordnung und Sicherheit als hoheitliche Aufgabe dem Hafen- und Seemannsamt zugeordnet. **In beiderlei Hinsicht, Objekt und Ort, bestehen folglich Schnittstellen und Schnittmengen mit der Verwaltung der Hansestadt Rostock.**

Zur Unterhaltung und Instandhaltung der schwimmenden Objekte ist spezielles Fachwissen aus dem Bereich Schiffbauingenieurwesen erforderlich. Da dies gegenwärtig unternehmensintern nicht abgebildet werden kann, werden entsprechende Leistungen fremdvergeben.

5) Betrieb des Schiffbau- und Schifffahrtsmuseums

Das Schiffbau- und Schifffahrtsmuseum ist seit 2004 Teil der IGA Rostock 2003 GmbH. Das Traditionsschiff beherbergt eine Dauerausstellung sowie zusätzlich wechselnde Sonderausstellungen. Zum Museum zählen außerdem die weiteren schwimmenden Objekte, die Außenobjekte der Freiluftausstellung und die Historische Bootswerft.

Das Museum verzeichnet gegenwärtig etwa 28.000 Besucher jährlich. In den besucherstärksten Monaten Juli und August beträgt der Anteil der Touristen etwa 90 %⁶. Gemäß Museumskonzept der Hansestadt Rostock präsentiert sich das Schiffbau- und Schifffahrtsmuseum schwerpunktmäßig als Museum für maritime Technik. Damit steht es als technisches Museum im Wettbewerb mit dem phanTECHNIKUM in Wismar und dem Historisch-Technischen Museum Peenemünde.

Gerade **im Vergleich mit anderen Museen**, auch in Rostock, **wird deutlich, dass die Dauerausstellung einer konzeptionellen Überarbeitung und Modernisierung bedarf**. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass die Zielgruppe für ein technisches Museum eher klein ausfällt. Daher ist nach fachkundiger Aussage eine Verknüpfung mit Inhalten empfehlenswert, die Emotionalität und Spannung erzeugen. Über das Schiff als Hauptattraktion könnten die Themen Meer, Hafen und Schifffahrt erlebbar gemacht werden, um die Zielgruppe zu erweitern. Nach Definition von Selbstbild und Zielstellung des Museums sollte auf dieser Grundlage die Ausstellung neu ausgerichtet sowie das Marketing konzipiert und veranlasst werden.

Unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen gestaltet sich eine solche tiefgründige Selbstbefassung eher schwierig. Hier erweist es sich als Nachteil, dass nur eine **sehr geringe Verzahnung mit den übrigen städtischen Museen und dem Amt für Kultur, Denkmalpflege und Museen** gegeben ist. Dortige Lerneffekte können insofern nicht genutzt werden. Zugleich muss eingeschätzt werden, dass der Betrieb eines Museums als ein Teil von vielen innerhalb eines komplexen Unternehmens nicht praktikabel ist. Hier scheint eine Konzentration auf die Kernaufgabe – Betrieb, inhaltliche Ausgestaltung und Vermarktung eines Museums – geboten. Da die Unterhaltskosten des Schiffs relativ hoch sind, erscheint das Modell eines Betreibervereins unrealistisch. Bei einer gemeinnützigen GmbH bleibt die Problematik der Zuschussabhängigkeit und der Schnittstellen zur Stadtverwaltung unverändert bestehen. Beides sollte vermieden werden, um das Schiffbau- und Schifffahrtsmuseum wieder **in stärkerem Maße in die gesamtstädtische Museumslandschaft zu integrieren**. Zudem sind Denkmalpflege und Unterhaltung eines Museums öffentliche Aufgaben im klassischen Sinne, die eine **klare Zuordnung zur Stadtverwaltung rechtfertigen** würden.

⁶ Besucherbefragung 2012, N = 400.

6) Umweltbildung

Hierbei handelt es sich um ein städtisches Bildungsangebot für Schulen und Kitas. Etwa 100 bis 130 Gruppen nutzen im Jahr das vielfältige Angebot der Umweltbildung. Die Einnahmen decken den Aufwand für Honorare und Materialien nicht. Jedoch sind Förderung von Natur- und Umweltschutz sowie Bildungsarbeit explizit im Gesellschaftszweck benannt. Zudem besteht eine Fördermittelbindung bis zum 12.10.2015, die das Mecklenburger Hallenhaus zur Nutzung für „Veranstaltungen von Trägern der Umweltbildung, mit Schulen (insbesondere „Grünes Klassenzimmer“) [...] sowie zu Ausstellungs- und sonstigen kulturellen Zwecken“⁷ vorgibt. Die IGA führt die Maßnahmen der Umweltbildung über Honorarkräfte durch. Sie ist insofern vorrangig eine Plattform zur Konzipierung und Vermittlung dieser Bildungsangebote. Sie stellt des Weiteren das Parkgelände und die Materialien zur Verfügung. Im Rahmen der Umweltbildung werden außerdem jährlich etwa 15 Vortragsveranstaltungen im IGA Park durchgeführt (davon 3 Vogelstimmenexkursionen und eine Fledermausnacht). Hinzu kommen das Umweltkinderfest im Sommer und das Weihnachtsbasteln mit Naturmaterialien am Jahresende.

Die schulischen Angebote der Umweltbildung werden in besonderem Maße von Einrichtungen aus den anliegenden Wohngebieten wahrgenommen. Angesichts der Anwohnerstruktur dürfte dabei wohl die preiswerte Gestaltung neben der räumlichen Nähe Entscheidungsfaktor sein.

7) Durchführung von Eigenveranstaltungen der IGA

Die Eigenveranstaltungen der IGA werden als Imageveranstaltungen durchgeführt und sind nicht auf Kostendeckung ausgerichtet. Angesichts des erhobenen Parkeintritts in Höhe von einem Euro je Person (ab 7 Jahren) ist dies tatsächlich schwer zu erreichen. Die Besucherzahlen der Eigenveranstaltungen liegen jeweils bei etwa 3.000 bis 4.000. Zu den Eigenveranstaltungen zählen z.B. das Osterfest, das Kirschblütenfest und das Laternenfest, aber auch die LichtKlangNacht. Der personelle und materielle Aufwand insbesondere für die letztgenannte Veranstaltung ist erheblich.

Angesichts der Besucherzahlen ist davon auszugehen, dass die Eigenveranstaltungen, wie auch der Park insgesamt, vorwiegend von den Bewohnern der umliegenden Stadtteile frequentiert werden.

⁷ Änderungsbescheid vom 26.10.2005 zum Zuwendungsbescheid vom 17.04.2003, Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei MV.

8) Durchführung von Fremdveranstaltungen (Konzerte u.ä.) auf der Zeltbühne und Festwiese

Die IGA vermietet ihr Gelände, d.h. die Festwiese und die Zeltbühne, nebst Backstage-einrichtungen an Veranstalter zur Durchführung von Konzerten. Hierbei tritt die IGA als Überlasser auf, sie überträgt die Pflichten der zugrundeliegenden Rechtsnormen auf den Veranstalter. Dennoch haftet sie selbst für deren Erfüllung. Dies bezieht sich hauptsächlich auf die Vorgaben der Versammlungsstättenverordnung. Darin sind in erster Linie Sicherheitsbelange geregelt wie die Bereitstellung von Sanitätern, Ordnungskräften und Gewährleistung von Rettungswegen. Auch die Bereitstellung von Toiletten zählt dazu. Die Anforderungen sind in Abhängigkeit von der Besucheranzahl differenziert.

Bei Bedarf stellt die IGA auch Bühnenbauelemente und Bestuhlung zur Verfügung. Die Veranstalter schätzen die gute Medienversorgung vor Ort. Der IGA Park ist ein geeigneter und anerkannter Open Air-Standort, zudem gibt es kaum Alternativen im näheren Umfeld. Äußerst günstig ist die infrastrukturelle Anbindung des Geländes. Die örtliche Infrastruktur ist für Großveranstaltungen ausgelegt, sowohl für die Anreise mit PKW als auch per ÖPNV. Dies gilt auch für die notwendigen Parkplätze, welche jedoch nicht im Einflussbereich der IGA sind. Die entgeltpflichtigen Parkplätze werden von der Rostocker Messe- und Stadthallengesellschaft mbH bewirtschaftet. Hier sind folglich organisatorische Abstimmungen zwischen beiden Unternehmen notwendig, um zu vermeiden, dass zeitgleich Großveranstaltungen in Messehalle und IGA Park stattfinden, welche dieselben Parkplätze beanspruchen würden.

Gegenwärtig hat der IGA Park eine dauerhafte Genehmigung für Veranstaltungen mit bis zu 13.700 Besuchern. Darüber hinaus gehende Veranstaltungen sind gesondert zu beantragen. So wurde zum G8-Gipfel eine Zulassung für bis zu 65.000 Besucher erteilt, tatsächlich waren 55.000 Besucher vor Ort. Dies zeigt das Potential der örtlichen Gegebenheiten.

Die Beschränkungen durch den Immissionsschutz sind zu beachten. Zum Schutz der Anwohner vor Lärmbeeinträchtigungen sind Anzahl und Frequenz zulässiger Veranstaltungen reglementiert. Zuständige Ordnungsbehörde ist das Amt für Umweltschutz.

Eine Besonderheit ist die Zeltbühne. Sie verfügt über eine außerordentlich gute Akustik und ist geeignet für Konzerte mit bis zu 4.000 Besuchern. Sie bietet Wetterschutz und insofern eine Minimierung des Risikos im Open Air-Bereich.

Der Bereich Veranstaltungen in der IGA ist nur mit 1,5 Stellen ausgestattet. Diese sind zusätzlich verantwortlich für Marketing und Öffentlichkeitsarbeit. Hier bestehen zweifelsfrei kapazitative Beschränkungen. So wird z.B. gegenwärtig in keiner Form Akquise betrieben.

Hinsichtlich der Veranstaltungen bestehen **erhebliche Schnittmengen mit der Rostocker Messe- und Stadthallengesellschaft mbH (RMSG)**. Wenngleich das Open Air-Geschäft eine Spezifik im Konzertwesen darstellt, gibt es doch zahlreiche Parallelen zum Geschäftsfeld der RMSG. Gegenüber der IGA verfügt die RMSG jedoch über mehr Personal und kann so wesentlich mehr Veranstaltungen abwickeln. Zudem besitzt sie eine ausgewiesene

Professionalität im Veranstaltungsbereich, die sich in der Vermarktung, der Kalkulation und insbesondere der Handhabung von Sicherheitsbelangen bei Veranstaltungen zeigt. Hier profitiert die RMSG von Größen- und Mengeneffekten, die der IGA aufgrund der geringen Kapazität verwehrt bleiben.

4. Interne Strukturen (organisatorische und personelle Analyse)

Die Analyse der Unternehmensorganisation zeigt auf, dass die betriebsinternen Abläufe bislang sehr stark auf die Geschäftsführung zugeschnitten sind. Gegenwärtig ist die Geschäftsführung zu 90 Prozent der verfügbaren Zeit mit operativen Aufgaben befasst, sodass nahezu kein Raum für konzeptionelle oder strategische Überlegungen besteht, zumal der Geschäftsführer in Doppelfunktion sowohl für die Großmarkt GmbH als auch die IGA Rostock 2003 GmbH tätig ist.

Derzeit ist faktisch keine zweite Leitungsebene etabliert, was als problematisch eingeschätzt wird. Insbesondere bei der Abwicklung des Zahlungsverkehrs gibt es starke zeitliche und personelle Abhängigkeiten. Im Ernstfall besteht hier ein strukturelles Risiko für die juristische Vertretung des Unternehmens. Eine Übertragung des Vier-Augen-Prinzips auf weitere betriebliche Prozesse ist denkbar.

Die aufgabenbezogene Unternehmensorganisation erscheint suboptimal strukturiert. Häufig mangelt es an klaren Weisungsbeziehungen, d.h. Regelungen zur Über- oder Unterstellung.

Gegenwärtig beschäftigt die IGA 25 Mitarbeiter. Davon sind drei Mitarbeiter geringfügig Beschäftigte und weitere 8 Mitarbeiter sind Teilzeitbeschäftigte. **Die Belegschaft der IGA ist überaltert**, 60 % der Mitarbeiter sind älter als 60 Jahre.

30-39 Jahre	40-49 Jahre	50-59 Jahre	über 60 Jahre	Summe
1	1	8	15	25
4 %	4 %	32 %	60 %	100 %

5. Wirtschaftliche Verhältnisse

Die IGA ist ein geborener Verlustbetrieb und wird dauerhaft auf Zuschüsse der Hansestadt Rostock als Gesellschafterin angewiesen sein. Der Betrieb eines Museums ist gemeinnützig und nicht einbringlich. Der Betrieb eines Landschaftsparks ist ebenfalls nicht gewinnträchtig. Lediglich der Bereich der Veranstaltungen, hier vornehmlich die Fremdveranstaltungen, kann höhere Einnahmen generieren. Diese können jedoch die Gesamtaufwendungen des Unternehmens nicht decken. Die IGA erhielt seit 2007 jährlich einen Zuschuss zwischen 1,7 und 2,0 Millionen Euro.

Kennzeichnend für den Geschäftsverlauf der IGA ist die Saisonalität. In jedem Bereich ist der Sommer Saison: im Park und im Veranstaltungsbereich wegen der Wetterabhängigkeit und

im Museum aufgrund der Abhängigkeit vom Tourismus. Typisch ist außerdem die hohe Risikobehaftung im Open Air-(Konzert)Geschäft.

Die Gesellschaft verfügt über kein nennenswertes Vermögen. Das Anlagevermögen beläuft sich lediglich auf knapp 6,4 Prozent der Bilanzsumme. Wesentlicher Vermögensgegenstand ist die Liquiditätsreserve zur Deckung der Rückstellungen für ungewisse Verbindlichkeiten. Die Rückstellungen wurden zum überwiegenden Teil im Zusammenhang mit offenen Rechtsstreitigkeiten gebildet, die ihren Ursprung in der Bauphase der Internationalen Gartenbauausstellung 2003 haben.

	2012	2013
Umsatz	241 T€	272 T€
<i>davon Museum</i>	68 T€	64 T€
<i>davon Park</i>	67 T€	71 T€
<i>davon Veranstaltungen</i>	88 T€	118 T€
<i>davon Übrige</i>	18 T€	19 T€
Personalaufwand	563 T€	565 T€
Abschreibungen	45 T€	53 T€
Investitionen	46 T€	46 T€
Jahresergebnis	1 T€	0 T€
Anlagevermögen	135 T€	128 T€
Rückstellungen	1.485 T€	1.427 T€
Bilanzsumme	2.350 T€	2.010 T€

Zur Vorbereitung und Durchführung der Internationalen Gartenbauausstellung sind zahlreiche Fördermittel durch verschiedenste Institutionen gewährt worden. Fördermittelempfänger war teils die IGA Rostock 2003 GmbH und teils die Hansestadt Rostock. Zum überwiegenden Teil waren die Mittel entweder nicht mit einer Bindefrist versehen oder diese ist zwischenzeitlich abgelaufen. Eine Ausnahme bilden die folgenden Sachverhalte:

Bezeichnung	Zuwendungsgeber	Zuwendungs- empfänger	Betrag	Bindefrist
Mecklenburger Hallenhaus	Ministerium für Ernährung, Land- wirtschaft, Forsten und Fischerei MV	IGA Rostock 2003 GmbH	1,02 Mio. €	12.10.2015
Warnowpromenade	Landesförderinstitut MV	Hansestadt Rostock	8,4 Mio. €	17.12.2033
Schiffsarena	Sozialministerium MV	Hansestadt Rostock	375 T€	2028

6. Analyse zweier Szenarien

Zum jetzigen Zeitpunkt muss festgestellt werden, dass das im Gesellschaftsvertrag definierte Ziel, den IGA Park zu einem touristischen Anziehungspunkt überregionaler Bedeutung zu entwickeln, nicht erreicht wurde. Faktisch wird der IGA Park überwiegend von den Anwohnern der umliegenden Stadtteile genutzt. Möglicherweise war der beschriebene Anspruch von vornherein nicht zu erfüllen. Schließlich gibt es in der Region und darüber hinaus eine hohe Dichte touristischer Ziele. Sie alle werben in der kurzen Saison um dieselben Touristen und daneben um die verhältnismäßig wenigen Einwohner mit relativ geringer Kaufkraft. Zugleich befinden sich alle gleichermaßen in Konkurrenz zum regionalen Hauptanziehungspunkt für Touristen und Einwohner: dem Ostseestrand. Hier gereicht es dem IGA Park weiterhin zum Nachteil, dass er ein wetterabhängiges Freiluftziel darstellt. Dieser Umstand gilt für das Schiffbau- und Schifffahrtsmuseum nicht, das Museum ist durchaus eine Schlechtwettervariante der Urlaubs- und Freizeitgestaltung. Jedoch konnte die Kombination von Park und Museum bisher nur schwer vermittelt werden. Auch bleibt festzuhalten, dass es in den zurückliegenden Jahren nicht gelungen ist, das Schiffbau- und Schifffahrtsmuseum tatsächlich in das übrige Unternehmen zu integrieren.

Unabhängig davon sollten die Erwartungen in Bezug auf Besucherzahlen für das Museum realistisch gehalten werden. Einerseits befindet sich das Museum (wie bereits dargestellt) im Wettbewerb mit technischen Museen in der Region, mit Museen anderer Themenschwerpunkte wie dem Deutschen Meeresmuseum in Stralsund und darüber hinaus mit anderen touristischen Zielen wie z. B. dem Zoo Rostock. Andererseits erreichen überhaupt nur zehn Prozent der Museen in Deutschland mehr als 50.000 Besucher jährlich⁸.

⁸ Vgl. Institut für Museumsforschung, Berlin 2013, Statistische Gesamterhebung an den Museen der Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 2012, Heft 67, S. 18.

Unter den jetzigen Rahmenbedingungen stellt die immanente Divergenz zwischen Park und Museum zweifellos eine Erschwernis dar: während der Park überwiegend von Rostockern frequentiert⁹ wird, generiert das Museum seine Besucher zum Großteil aus Touristen. Dies gestaltet die Vermarktung und Öffentlichkeitsarbeit schwierig, für die zudem eine konzeptionelle Unterlegung fehlt.

Während das Museum und das Traditionsschiff über touristisches Potential verfügen, wird dies für den Park eher kritisch eingeschätzt. Wie bereits im Entwicklungskonzept ausgeführt wurde, weckt der Name „IGA Park“ Erwartungen, die gegenwärtig nicht mehr erfüllt werden können. Von den Dingen, die die Internationale Gartenbauausstellung 2003 gekennzeichnet haben, ist nur noch wenig existent. Durch den mittlerweile hohen zeitlichen Abstand zur Ausstellung wird eine überregionale Anziehungskraft des Parks auch künftig für unwahrscheinlich gehalten. Die Schaffung einer weiteren touristischen Attraktion in Form des Parks wäre, wenn überhaupt, nur mit sehr hohem finanziellen Aufwand zu erreichen.

Analog zur derzeitigen Nutzung sollte daher die Funktion des Anwohnerparks gestärkt werden. Im Übrigen war die Schaffung eines Anwohnerparks in Verbindung mit der Renaturierung des Areals eine ursprüngliche Prämisse im Wettbewerbsverfahren im Vorfeld der Internationalen Gartenbauausstellung 2003. Insofern wäre es nunmehr konsequent, diesen Ansatz fortzuführen.

Wünschenswert wäre ein stärkeres Bewusstsein für den Wert und die Qualität der Parkanlage durch die Rostocker. Möglicherweise kann in einem ersten Schritt die Identifikation über einen bürgerbeteiligten Prozess der Namensfindung und Umbenennung gefördert werden. Es wird an dieser Stelle darauf hingewiesen, dass die Namensführung mit dem Zusatz „IGA“ in regelmäßigen Intervallen durch entsprechende Instanzen außerhalb der Hansestadt Rostock genehmigungspflichtig ist. Der IGA Park in Rostock ist ein sehr seltenes Beispiel für die Weiternutzung des Zusatzes nach Abschluss der jeweiligen Gartenbauausstellung (IGA oder BUGA). Im Regelfall ist dies eher unüblich.

Um den Nutzungsgrad des Parks unter den Einwohnern Rostocks zu erhöhen, wären außerdem Eintrittsregelungen und Wegebeziehungen zu überprüfen. Auch zu diesen Aspekten finden sich Ausführungen im Entwicklungskonzept. Die steuerlichen Gründe für eine Eintrittspflicht sind zwischenzeitlich hinfällig, so dass alle Optionen gegeben sind. Die Signalfunktion des Preises sollte dabei berücksichtigt werden, der Preis vermittelt demnach den Wert einer Sache. (Bei öffentlichen Gütern, wie z.B. einer öffentlichen Parkanlage, greifen die regulären Preismechanismen hingegen nicht.)

Jährlich verzeichnet der Park etwas mehr als Einhunderttausend Besucher¹⁰. Um diese Zahl zu steigern, könnten Projekte zur weiteren Belebung des Areals geprüft und gegebenenfalls verfolgt werden. Denkbare Ansätze könnten beispielhaft sein:

⁹ Besucherbefragung 2009, N = 14.925, HRO: 65,5 %, übrige BRD: 33,4 %, Ausland: 1,1 %.

¹⁰ Nach Abzug der Besucher von Museum und Veranstaltungen.

- Einrichten einer offiziellen Badestelle am Warnowstrand,
- Nutzung der Pier als Basis einer weiteren Schwimmsteganlage der Parkhausgesellschaft Rostock mbH (PGR, Tochterunternehmen der WIRO) oder
- Errichtung einer Wasserskianlage an der Pier durch einen privaten Investor,
- Skaterpark bei der Schiffsarena (gemäß Entwicklungskonzept),
- Verkehrsgarten,
- Zelt- oder Campingplatz.

Mit der Realisierung des Projektes der RMSG¹¹, am Standort eine neue Stadthalle zu errichten, würde das Parkgelände eine weitere Belebung erfahren. Auch wechselseitige Beziehungen mit dem Schiffbau- und Schifffahrtsmuseum könnten dann ausgebaut werden, indem in Örtlichkeiten des Museums Teile von Konferenz- oder Tagungsveranstaltungen durchgeführt werden.

Aus analytischer Sicht sehen wir für die Zukunft der IGA zwei Szenarien:

- (1) Weiterführung der IGA in ihrer bisherigen Form und mit bisherigen Aufgaben mit der Konsequenz der Bestellung eines Geschäftsführers und Behebung der personellen Defizite,
- (2) Spezialisierung und Übertragung der Teilaufgaben auf bestehende städtische Strukturen in Verbindung mit Personalübergang und Zuweisung finanzieller Mittel.

Bei Szenario (1) sind aus unserer Sicht mit Sicherheit Mehrkosten gegenüber der jetzigen Situation anzunehmen. Zugleich können die Grundprobleme des Unternehmens nicht gelöst werden:

- die inhaltlich und wirtschaftlich schlechte Ausstattung und
- die zu geringe Größe für die Vielfalt und Komplexität der Aufgaben.

Eine finanzielle Untersetzung des Entwicklungskonzepts würde nicht nur zu erheblichen Aufwendungen zur Umsetzung führen. Es sind dann zusätzlich umfangreiche Finanzmittel notwendig, um im Unternehmen neue Kapazitäten zu schaffen, da ein solches Projekt durch das Unternehmen in der gegenwärtigen Form inhaltlich und fachlich nicht abgedeckt werden kann. Dieses Szenario ist aus unserer Sicht nicht zielführend und wird daher an dieser Stelle nicht weiter verfolgt.

Bei Szenario (2) erwarten wir keine Mehrkosten. Die Aufgaben werden durch bereits bestehende städtische Strukturen erfüllt. Zu diesem Zweck werden den Verwaltungseinheiten und Unternehmen sowohl finanzielle Mittel als auch Personal überlassen. Insofern würde der bisher an die IGA gewährte Zuschuss aufgeteilt und im städtischen Haushalt der Verwaltungsausgaben abgebildet. Das Personal würde im Rahmen von Personalüberleitung an die Stadtverwaltung und die RMSG übergehen.

¹¹ Rostocker Messe- und Stadthallengesellschaft mbH.

Durch die Spezialisierung auf Kernaufgaben sind Effizienzgewinne zu erwarten. Zudem werden Parallelstrukturen aus städtischer Sicht abgebaut. Gleichzeitig kann nach unserer Einschätzung bei finanzieller Untersetzung das Entwicklungskonzept in der bestehenden Ämterstruktur mit weniger zusätzlichen personellen Kapazitäten umgesetzt werden als in der Struktur gemäß Szenario (1).

Eine Aufgabenzuordnung kann sich wie folgt gestalten.

Aufgabe/ Objekt	Künftiger Aufgabenträger
Parkpflege	Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege
Weidendom	Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege
Baucamp	Amt für Stadtgrün, Naturschutz und Landschaftspflege
Brücken und öffentliche Verkehrsanlagen	Tief- und Hafenbauamt
Traditionsschiff und schwimmende Objekte	Amt für Kultur, Denkmalpflege und Museen Hafen- und Seemannsamt
Schiffbau- und Schifffahrtsmuseum	Amt für Kultur, Denkmalpflege und Museen
Veranstaltungen	Rostocker Messe- und Stadthallengesellschaft mbH
Zeltbühne	Rostocker Messe- und Stadthallengesellschaft mbH
Mecklenburger Hallenhaus	Kommunaler Eigenbetrieb „Objektbewirtschaftung und –entwicklung“ der Hansestadt Rostock
Umweltbildung	Umweltamt
laufende juristische Verfahren	Tief- und Hafenbauamt Rechtsamt
Eigenveranstaltungen	Stadtteilmanager
Projektentwicklung/ -begleitung	Projektstelle in der Stadtverwaltung

Die Details einer möglichen Aufgabenübertragung müssen durch einen **Projektkoordinator in Funktion des Geschäftsführers und Liquidators** in Zusammenarbeit mit den beteiligten Fachämtern herausgearbeitet werden. Diese Funktion ist originär durch die Verwaltung der Hansestadt Rostock wahrzunehmen.

Die Übertragung der Teilaufgaben der IGA auf städtische Strukturen dürfte auch aus Fördermittelsicht nicht kritisch sein, da die Hansestadt Rostock häufig selbst der Zuwendungsempfänger war. Hier hat eine Abstimmung mit den zuständigen Ministerien durch die Stadt zu erfolgen.

Um einen zentralen Ansprechpartner für Belange des Parks beizubehalten, ist eine Projektleiterstelle innerhalb der Stadtverwaltung denkbar. Hier könnten auch etwaige Projektideen unter Einbeziehung der jeweiligen städtischen Kompetenzträger begleitet werden.

Nach vollzogener Aufgabenübertragung soll die Gesellschaft aufgegeben werden. In der Folge entstehen Kosteneinsparungen in begrenzter Höhe (Jahresabschlusskosten, Kosten der Buchführung).

7. Fazit und Empfehlung

Die Aufgaben der IGA sind zu vielfältig und zu komplex, um sie sinnvoll innerhalb eines Unternehmens abzubilden. Es bestehen zudem zahlreiche aufgabenbezogene Parallelstrukturen zwischen IGA und der städtischen Verwaltung sowie der Rostocker Messe- und Stadthallengesellschaft.

Bei einer finanziellen Untersetzung des Entwicklungskonzepts kann dies in der bestehenden Ämterstruktur mit weniger zusätzlichen personellen Kapazitäten weiterentwickelt werden als bei einer Umsetzung innerhalb der IGA in der gegenwärtigen Form.

Zur Optimierung der aufgabenbezogenen Prozesse sind aus unserer Sicht Spezialisierung und Konzentration auf Kernaufgaben geboten. Zur Effizienzsteigerung der Aufgabenträger, zur Erhöhung der Veranstaltungssicherheit und zum Abbau von Parallelstrukturen empfehlen wir daher die **Umsetzung von Szenario (2)**:

Spezialisierung und Übertragung der Teilaufgaben der IGA auf bestehende städtische Strukturen in Verbindung mit Personalübergang und Zuweisung finanzieller Mittel an die künftigen Aufgabenträger.

Die **Teilfunktionen der IGA**, die Veranstaltungen, der Park, das Museum und die Umweltbildung **bleiben** dabei **erhalten**, werden aber in andere Verantwortungsbereiche der Hansestadt Rostock überführt.

Nachtrag Beschlussvorlage	Datum:	15.12.2014
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft	fed. Senator/-in:	OB, Roland Methling
	bet. Senator/-in:	
	bet. Senator/-in:	
Federführendes Amt: Zentrale Steuerung		
Beteiligte Ämter:		
Analyse zur Fortführung der IGA Rostock 2003 GmbH		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
16.12.2014	Hauptausschuss	Vorberatung
28.01.2015	Bürgerschaft	Entscheidung

Der Beschlussvorschlag wird wie folgt geändert/ergänzt:

Die Bürgerschaft beschließt die geänderte Formulierung im Beschlusspunkt **vier** wie folgt:

4. Den künftigen Aufgabenträgern wird dauerhaft mindestens der im städtischen Haushalt geordnete Zuschuss an die IGA Rostock 2003 GmbH in Höhe von 2,1 Mio. Euro zugewiesen. Des Weiteren erhalten die künftigen Aufgabenträger die jeweiligen Einnahmen und Personalstellen. Die Zahl der Stellen wird auch bei Anpassung an das Tarifsystem des Öffentlichen Dienstes nicht reduziert.

und den ergänzten neuen Beschlusspunkt **fünf** wie folgt:

5. Der heutige Pflegestandard wird beibehalten und ein vielfältiges Angebot in hoher Qualität abgesichert.

Finanzielle Auswirkungen: keine

Bezug zum Haushaltssicherungskonzept:

Kein Bezug zum Haushaltssicherungskonzept

Roland Methling

Beschlussvorlage	Datum:	24.11.2014
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft	fed. Senator/-in:	OB, Roland Methling
	bet. Senator/-in:	
Federführendes Amt: Eigenbetrieb TZR & W	bet. Senator/-in:	
Beteiligte Ämter: Finanzverwaltungsamt Zentrale Steuerung		
Wirtschaftsplan 2015 des Eigenbetriebes "Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde"		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
14.01.2015	Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus	Vorberatung
15.01.2015	Finanzausschuss	Vorberatung
28.01.2015	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Wirtschaftsplan 2015 des Eigenbetriebes „Tourismuszentrale & Warnemünde“ einschließlich des Stellenplanes sowie des Stellen- und Personalentwicklungskonzeptes 2014-2023 wird beschlossen (Anlage).

Beschlussvorschriften:

§ 22 (3) Kommunalverfassung i. V. m. § 5 (1) Nr. 2 Eigenbetriebsverordnung des Landes Mecklenburg – Vorpommern

bereits gefasste Beschlüsse: keine

Sachverhalt:

Gegenstand der Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde ist die Planung, Koordinierung und Durchführung von Leistungen, die im Interesse der Hansestadt Rostock liegen und mit dem öffentlichen Zweck verbunden sind, für die weitere Entwicklung des Städte- und Seebädertourismus die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Entsprechend den satzungsmäßig übertragenen Aufgaben hat die Tourismuszentrale ihre Geschäftsfelder ausgerichtet und Strukturen aufgebaut, die betriebswirtschaftliche Aussagen für die einzelnen Bereiche ermöglichen.

Die Planung ist untergliedert nach den Bereichen:

- Seebad und Kurwesen
- Tourist-Informationen
- Marketing/Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Maritimer Tourismus/ Büro Hanse Sail
- Grundstücke/Flächen/Vermögensverwaltung

Der ursprünglich angemeldete Finanzbedarf in Höhe von 1.280.000,00 EUR konnte aufgrund der guten Entwicklung in den Umsatzerlösen, insbesondere durch die Steigerung des Kurbeitrages um 100.000,00 EUR unterboten werden.

Diese Mittel sind zusätzlich für die Vorbereitung des 38. Hansetages im Jahr 2018 in die Planung eingeflossen.

Das Büro Hanse Sail vertritt die Hansestadt Rostock im Städtebund „Die Hanse“ und stellt die Präsenz der Hansestadt Rostock auf den jährlich wechselnden Austragungsorten sicher. Aus den Erfahrungen an der Teilnahme an den Hansetagen der vergangenen Jahre sowie im Austausch mit anderen ausrichtenden Städten hat es sich gezeigt, dass der logistische und personelle Aufwand für die Veranstaltungsvorbereitung einen Zeitraum von mindestens 3 Jahren erfordert.

Dafür ist ein Konzept zu erstellen, dass der Verwaltung, der Bürgerschaft und der Kommission der Hanse zur Bestätigung vorzulegen ist. Der Personal- und der Sachkostenaufwand für die Anlaufphase 2015 ist Bestandteil der Detailplanung.

In der Entscheidung zur Haushaltssatzung 2014 und zum Haushaltssicherungskonzept 2014 – 2025 hat das Ministerium für Inneres und Sport für die Tourismuszentrale ein Konzept zur Stellen- und Personalentwicklung des Eigenbetriebes gefordert. Dieses ist ebenfalls als Anlage der Beschlussfassung beigefügt.

Finanzielle Auswirkungen:

Unterjähriger Zuschuss zum Verlustausgleich durch die Hansestadt Rostock in Höhe von 1.280.000,00 EUR. Darin sind 100.000,00 EUR für die Vorbereitung des 38. Internationalen Hansetages im Jahr 2018 enthalten.

Teilhaushalt: 12
Produkt: 62302

Haushalts- jahr	Konto/ Bezeichnung	Ergebnishaushalt		Finanzhaushalt	
		Erträge	Aufwendungen	Einzahlungen	Auszahlungen
2015	57310000/ Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen an Sondervermögen mit Sonderrechnung (Eigenbetriebe)		1.280.000		
	77310000/ Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen an Sondervermögen mit Sonderrechnung (Eigenbetriebe)				1.280.000
2016	57310000/ Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen an Sondervermögen mit Sonderrechnung (Eigenbetriebe)		1.280.000		
	77310000/ Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen an Sondervermögen mit Sonderrechnung (Eigenbetriebe)				1.280.000
2017	57310000/ Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen an Sondervermögen mit Sonderrechnung (Eigenbetriebe)		1.280.000		
	77310000/ Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen an Sondervermögen mit Sonderrechnung (Eigenbetriebe)				1.280.000
2018	57310000/ Zinsaufwendungen und sonstige Aufwendungen an Sondervermögen mit Sonderrechnung (Eigenbetriebe)		1.280.000		
	77310000/ Zinsauszahlungen und sonstige Finanzauszahlungen an Sondervermögen mit Sonderrechnung (Eigenbetriebe)				1.280.000

Roland Methling

Anlage/n:

Wirtschaftsplan 2015 EB Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde

Vorbericht zum Wirtschaftsplan 2015

Die Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde wird sich auch in den kommenden Jahren den ihr durch die Hansestadt übertragenen satzungsmäßigen Aufgaben stellen. Gegenstand der Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde ist die Planung, Koordinierung und Durchführung von Leistungen, die im Interesse der Hansestadt Rostock liegen und mit dem öffentlichen Zweck verbunden sind, für die weitere Entwicklung des Städte- und Seebädertourismus die bestmöglichen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Die Tourismuskonzeption 2022 bildet auch weiterhin die Grundlage aller Aktivitäten der Tourismuszentrale.

Entsprechend den satzungsmäßig übertragenen Aufgaben hat die Tourismuszentrale ihre Geschäftsfelder ausgerichtet und Strukturen aufgebaut, die betriebswirtschaftliche Aussagen für die einzelnen Bereiche ermöglichen.

Die Planung ist untergliedert nach den Bereichen:

- Seebad und Kurwesen
- Tourist-Informationen
- Marketing/Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Maritimer Tourismus/ Büro Hanse Sail
- Grundstücke/Flächen/Vermögensverwaltung

In der anschließenden Erfolgsübersicht ist im Einzelnen die wirtschaftliche Entwicklung der Bereiche dargestellt. (Anlage 1)

Im Bereich **Seebad und Kurwesen** sind vor allem die kurortspezifischen Aufgaben gebündelt. Hierzu zählt neben den Bewirtschaftungsaufgaben für den Strand, der Promenade, der Parkplätze, des Wasserrettungsdienstes ebenso die Organisation und Durchführung von Veranstaltungen im Seebadbereich. Durch die positive Entwicklung der Übernachtungszahlen in den letzten Jahren sind auch die Erlöse aus Kurbeiträgen kontinuierlich gestiegen. Dadurch können auch die gestiegenen Ausgaben für kurort-spezifische Aufwendungen weitestgehend gedeckt werden.

Der Beschluss zum Bebauungsplan – Strand Warnemünde hat sich durch umfangreiche Diskussionen im Beteiligungsverfahren weiterhin in die Länge gezogen. Inzwischen wurde

das B-Planverfahren durch Beschluss der Bürgerschaft vom 02.04.2014 mit Auflagen ausgesetzt.

Ein breit gefächertes, attraktives, ausgewogenes Angebot von ca. 200 verschiedenen Veranstaltungen wird auch im Jahr 2015 für Urlauber und Gäste organisiert. Es wird verstärkt Augenmerk auf die Sicherung der Qualität und die Pflege der traditionellen Veranstaltungen, wie das 21. Stromerwachen, die 78. Warnemünder Woche und das 22. Stromfest, Kurkonzerte und Kuttersingen gelegt. Sämtliche Promenaden- und Strandveranstaltungen werden von der Tourismuszentrale unterstützt und/oder technisch-organisatorisch begleitet.

Mit der konzeptionellen Erweiterung der Veranstaltungsformate werden neue Akzente gesetzt. Unter dem Titel „N-JOY The Beach“/ „stars@ndr2“ fand erstmalig in diesem Jahr ein zweitägiges Open Air am Warnemünder Strand statt, welches ca. 55.000 Besucher anlockte. Eine Wiederholung dieses Formates im Jahr 2015 ist im Gespräch.

Aber auch mehr als 25 attraktive Sportveranstaltungen sind im Veranstaltungskalender der Tourismuszentrale fest verankert. Dazu gehören u.a. der Internationale DLRG Rescue Cup, diverse Beachvolleyballturniere, die Rostocker Beachhandballtage, das „Sun oft the Beach“-Frisbeeturnier, das Internationale Strandfechtturnier, der Stolteraer Küstenwaldlauf und der 33. Rostocker Triathlon. Anknüpfend an die Erfolge der Austragung des DFB Beachsoccer Cup Finales in 2013 und 2014 wird die Kooperation mit dem DFB weiter vorangetrieben. Ziel ist es, diesen Event von 2015 bis 2018 in Warnemünde zu etablieren.

Für das Jahr 2015 sind ca. 30 Trauungstermine durch das Standesamt für die Vogtei vergeben, die von Hochzeitspaaren stark nachgefragt sind.

Als familienfreundlicher Tourismusort erstmalig in 2008 zertifiziert, ist die erneute erfolgreiche Zertifizierung im Jahr 2014 Ansporn, auch im Jahr 2015 ein umfangreiches ganzjähriges Familienprogramm anzubieten.

Mit zwei durchgängig und zwei saisonal betriebenen **Tourist Informationen** hält die Hansestadt Rostock eine sehr gute Infrastruktur für Urlauber und Gäste bereit. Dieser Bereich ist bedingt durch seine ganzjährigen Öffnungszeiten mit bis zu 15 Mitarbeitern in der Saison sehr personalintensiv. Durch neue und erweiterte Angebote, wie die RostockCard und dem Verkauf von Eintritts- und Veranstaltungskarten sollen die Refinanzierungsmöglichkeiten des Bereiches verbessert werden.

In den Tourist-Informationen Rostock und Warnemünde wird weiterhin die Steigerung der Serviceorientierung gegenüber dem Gast angestrebt. Nachdem vor allem die Optimierung

der Ausstattung und Präsentationsmöglichkeiten von Produkten und Angeboten in den vergangenen zwei Jahren im Fokus stand, wird für das Jahr 2015 die Erreichung höchster Qualitätsstandards in der Kommunikation zum Gast und in den allgemeinen Prozessen der Tourist-Information als Ziel gesetzt. Dabei gilt es aktuelle Servicestandards in höchstem Maße zu erfüllen und die Prozesse im Bereich der Zimmervermittlung, dem Tagungs- und Kongressmarkt sowie im Counterbereich der Tourist-Informationen Rostock und Warnemünde durch neue Software effizienter und effektiver zu gestalten.

Um auch den Bedürfnissen der wachsenden Urlauberzahlen im Bereich der Rostocker Heide gerecht zu werden, bietet die Tourist-Information Markgrafenheide im kommenden Jahr auch Fährtickets nach Dänemark und Fischereischeine vor Ort an. Der Ortsteil Markgrafenheide ist eines der drei wichtigsten touristischen Zentren der Hansestadt Rostock und ergänzt den Dreiklang der Hansestadt Rostock um das Naherholungsgebiet der Rostocker Heide.

Auch im **Bereich Marketing-, Presse und Öffentlichkeitsarbeit** bildet das Tourismuskonzept 2022 weiterhin die Grundlage für die Ausrichtung aller Marketingaktivitäten im In- und Ausland. Im Fokus stehen die Weiterentwicklung des MICE-Segments und die Bewerbung der Hansestadt Rostock als Qualitätsstadt.

Im Bereich des MICE-Segments soll die Hansestadt Rostock als internationaler Kongress- und Tagungsstandort professionell ausgebaut und vermarktet werden. Des Weiteren werden die Vorbereitungen für die Zertifizierung durch den Deutschen Tourismusverband e.V. als Qualitätsstadt intensiviert. Ziel ist es, das Gütesiegel zu erhalten und sich somit als erste Kommune in Mecklenburg-Vorpommern und als größte Stadt in Deutschland mit der Auszeichnung zu präsentieren.

Zu den wichtigen Druckerzeugnissen im kommenden Jahr zählen u.a. die Kurkarte, RostockCARD, Barrierefrei und die Angebotsflyer der Tourist-Information.

Unter dem Dach des Tourismusverbandes MV präsentiert sich die Hansestadt im Städteverbund auf den folgenden Auslandsmessen: Vakantiebeurs Utrecht, FESPO Zürich und Ferie Herning. Gleichzeitig ist die Hansestadt bei der B2B-Messe für den Deutschland-Tourismus, dem GTM 2015, vertreten. Die ausländischen Märkte werden durch die bestehenden Kooperationen mit der Deutschen Zentrale für Tourismus, dem Tourismusverband Mecklenburg-Vorpommern (TMV) sowie der Werbegemeinschaft Historic Highlights of Germany e.V. (HHoG) und der Städtekooperation bearbeitet.

Unterstützt werden alle Aktivitäten durch zielgerichtete Pressearbeit mittels Pressemitteilungen, Pressekonferenzen und der Organisation und Durchführung von Journalisten- und Expeditenreisen.

Zu den wichtigsten Vertriebskanälen und Informationsplattformen für Gäste gehört das Portal www.rostock.de. Mit dem geplanten Relaunch in 2014 wird die Seite für Gäste und Einheimische optimiert.

Die Vorbereitung und Durchführung der 25. Hanse Sail vom 6. bis 9. August 2015 sowie der 38. Warnemünder Woche vom 4. bis 12. Juli 2015 bilden die Schwerpunkte des **Bereiches Maritimer Tourismus/Büro Hanse Sail**.

Der weitere qualitative Ausbau der Marken Hanse Sail und Warnemünder Woche steht dabei im Vordergrund. Sicherheitsaspekte und die Konsolidierung der Kosten in Abhängigkeit von der Gewinnung von Sponsoren stehen bei der Entwicklung der Hanse Sail im Vordergrund. Die Unterstützung des Warnemünder Segelclub und die 2014 begonnene Erweiterung der Warnemünder Woche um einen neuen Veranstaltungsbaustein, die Sport Beach Arena, wird fortgesetzt.

Die Verabschiedung des fertiggestellten Konzeptes zur nachhaltigen Entwicklung der Hanse Sail Rostock als internationaler Top-Event durch die Bürgerschaft soll die Zielstellung unterstreichen.

Die Hanse Sail findet erneut im Rahmen von Veranstaltungen des maritimen Interessenverbundes Baltic Sail statt. Der Verbund soll um die Mitgliedschaft der lettischen Hauptstadt Riga erweitert werden. In bilateraler Zusammenarbeit mit dem dänischen Partner Guldborgsund Kommune wird erneut die Haikutter-Regatta von Nysted nach Rostock durchgeführt. Sie ist wesentliches Element der 2014 begründeten Städtepartnerschaft.

Auf nationaler Ebene wird die Zusammenarbeit mit den Partnern des 2012 etablierten Verbundes „Maritime Feste an Nord- und Ostsee“ fortgesetzt. Eine spezielle Partnerschaft mit der 2015 im Anschluss an die Hanse Sail stattfindenden Sail Bremerhaven soll Beziehungen innerhalb des Verbundes festigen.

Mit Vertretern von Betreiber- und Fördervereinen traditioneller Schiffe werden weitere Schritte zur Gründung eines Deutschen Vereines und / oder einer Stiftung für den Erhalt historischer Wasserfahrzeuge beraten, die ihren Sitz in Rostock haben könnte.

Die Veranstaltungsreihe Rostocker Hafenstammtisch wird in Kooperation mit dem Verein der Kapitäne und Schiffsoffiziere e.V. fortgesetzt.

Präsentationen erfolgen im Rahmen von Bootsmessen in Düsseldorf und Hamburg sowie auf dem Internationalen Hansetag in Viljandi (Estland).

Unter dem Motto „Einfach Handeln“ wird Rostock im Jahre 2018 als einen wesentlichen Baustein der Feierlichkeiten zum 800. Gründungsjubiläum den **38. Internationalen Hansetag** ausrichten. Das Büro Hanse Sail intensiviert die Vorbereitung des Hansetages Rostock. Dafür ist ein 2014 entwickelter Maßnahmen- und Rahmenplan, der auch die für die Vorbereitung und Durchführung des Hansetages zu schaffenden finanziellen und personellen Voraussetzungen definiert, weiter zu entwickeln. Er soll bis zum ersten Halbjahr 2015 in der Stadtverwaltung sowie mit zu beteiligenden Unternehmen und Institutionen soweit präzisiert werden, dass der Bürgerschaft der Hansestadt Rostock und der Kommission der Hanse ein ausgereiftes und finanziell untersetztes Konzept vorgestellt werden kann. Als Voraussetzung dafür soll entsprechend Maßnahmen- und Rahmenplan befristet zunächst eine Stelle eingerichtet und besetzt werden. Die Kosten für die Entwicklung des Konzeptes und die Realisierung erster Maßnahmen sind im Umfang von 100 TEUR Bestandteil der vorliegenden Haushaltsplanung des Bereiches maritimer Tourismus.

Der Bereich **Grundstücke/Flächen/Vermögensverwaltung** wurde aus Gründen der Transparenz zu steuerrechtlichen und betriebswirtschaftlich notwendigen Aussagen geschaffen. Insbesondere wird hier, das von der Hansestadt Rostock eingelegte Sondervermögen, wie die Grundstücke der Campingplätze Graal Müritz und Markgrafenheide sowie die Parkplätze und eigene Gebäude betriebswirtschaftlich gesondert dargestellt. Dieser Bereich trägt wesentlich zur Finanzierung der anderen defizitären Bereiche bei.

Ertragslage

Angaben in TEUR

Umsatzerlöse aus

	Plan 2015	Plan 2014	Ist 2014 (voraussichtl.)	Ist 2013
Kurbeitrag	1.550	1.300	1.650	1.623
Mieten und Pachten	1.347	1.337	1.374	1.346
Werbeleistungen	544	538	460	443
Parkgebühren	282	282	323	330
Broschüren/Souvenirs	150	152	159	128
Provisionen	125	134	91	107
Eintrittsgelder	21	21	23	20
Pauschalen	16	13	12	36
Sonstiges	123	124	103	105
Gesamt	4.158	3.900	4.195	4.138

Nach der positiven Entwicklung der Ertragslage in den vergangenen Jahren, dem moderaten Zuwachs 2014 (+1% zum VJ) und unter der Annahme der Stabilisierung der wichtigsten Erlöspositionen wurden die Planzahlen gegenüber 2014 um über 6% erhöht. Haupteinnahmeposition ist nunmehr die von den Übernachtungsgästen erhobene Kurabgabe. Die Einnahmen aus Mieten und Pachten bewegen sich in den letzten Jahren auf annähernd gleichem Niveau. Da der überwiegende Teil der Umsatzpositionen des Eigenbetriebes nachhaltig durch witterungsbedingte Saisonverläufe beeinflusst wird, sind planungsseitig Umsatzerhöhungen nur nach vorsichtigen kaufmännischen Grundsätzen, gesicherten Erkenntnissen und vorliegenden Vertragsabschlüssen zu prognostizieren.

Sonstige betriebliche Erträge

Angaben in TEUR

	Plan 2015	Plan 2014	Ist 2014 (voraussichtl.)	Ist 2013
Erträge aus Herabsetzung von Einzelwertberichtigungen	50	50	50	73
Auflösung von Rückstellungen	0	0	0	9
Auflösung Sonderposten Investitionszulage und Zuschüsse	67	55	60	56
Geplanter Verlust	1.280	1.280	1.000	637
Zinsen u. ä. Erträge	5	5	4	24
Sonstiges	0	0	8	11
Gesamt	1.402	1.390	1.122	810

Die einzige Veränderung bei den sonstigen betrieblichen Erträgen im Vergleich zum Vorjahr, ergibt sich durch den Zuwachs der Auflösung des Sonderposten für Investitionszulagen und Zuschüssen. Durch die Hansestadt Rostock wurde für die Sanierung der WC-Anlage am Strandaufgang 6/Heinrich-Heine-Straße ein Investitionszuschuss zur Verfügung gestellt, der analog der Abschreibungsdauer unterjährig aufgelöst wird.

Zinserträge resultieren im Wesentlichen aus Verzugszinsen, die aufgrund vertraglicher Regeln durchgesetzt werden. Diese sind nur bedingt planbar.

Mit dem vorliegenden Wirtschaftsplan wird ein Zuschussbedarf für das Jahr 2015 in Höhe von 1.280 TEUR angezeigt. Für das Wirtschaftsjahr 2014 wird eine Reduzierung des benötigten Verlustausgleiches auf Grund der erlösseitigen Erfolge auf rund 1 Mio. Euro erwartet.

Aufwendungen

Angaben in TEUR

	Plan 2015	Plan 2014	Ist 2014 (voraussichtl.)	Ist 2013
Materialaufwand/Aufwand aus bezogenen Leistungen	267	274	275	252
Personalaufwand	2.695	2.540	2.435	2.348
Abschreibungen	264	218	281	218
Sonst. betrieblicher Aufwand	2.303	2.209	2.291	2.093
Zinsen u. ähnliche Aufwendungen	24	44	28	31
Steuern	7	6	7	6
Gesamt	5.560	5.290	5.317	4.948

Die Erhöhung des Gesamtaufwandes im Vergleich zum Planansatz 2014 um 5% wird durch den Anstieg der Personalkosten, höhere Materialaufwendungen sowie wachsenden betrieblichen Aufwand verursacht. Bei den Personalkosten machen sich neben tariflichen Veränderungen die zukünftige planungsseitige Berücksichtigung des verstärkten Personalbedarfs in den saisonalen Standorten der Tourist-Information in Markgrafenheide und am Kreuzfahrtterminal am Passagierkai sowie eine zusätzliche Planstelle für die Vorbereitung des Hansetages der Neuzeit 2018 bemerkbar.

Sowohl steigende sicherheitsdienstliche Anforderungen an die Absicherung der beiden maritimen Großveranstaltungen Warnemünder Woche und Hanse Sail als auch die dauerhafte Finanzierung der Defizite aus der Neuausschreibung der Betreuung der städtischen Internetseiten www.rostock.de begründen den Zuwachs an sonstigem betrieblichen Aufwand. Es ist nicht zu erwarten, dass kurzfristig Finanzierungsquellen für die steigenden Kosten erschlossen werden können.

Des Weiteren ist hier die Durchsetzung des gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro insbesondere im Zusammenhang mit Dienstleistungsverträgen des Reinigungs- und Bewachungsgewerbes zu beachten.

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Hansetages 2018 sind derzeit für 2015 ca. 50 TEUR Sachkosten vorgesehen.

Personalentwicklung

Laut Stellenplan sind in 2015 im Durchschnitt 49 Mitarbeiter beschäftigt. Darin enthalten sind 2 Auszubildende. Saisonal beschäftigte Mitarbeiter sind entsprechend ihrer Stundenanzahl und Monate in den Durchschnitt eingerechnet.

Die Personalkostenplanzahlen berücksichtigen sowohl die Löhne, Gehälter und Sozialabgaben der Beschäftigten als auch die Aushilfslöhne für Hilfskräfte.

Investitionsplan

Die wichtigsten Investitionsvorhaben im Jahre 2015 sind:

- Strand- und Promenadentechnik
- PC-Hard- und –Software
- Büro- und Geschäftsausstattung
- Parkplatzausstattung

Die notwendigen finanziellen Mittel sind geplant und entsprechend im Investitionsplan dargestellt.

Kapitalausstattung

Der Anteil des Eigenkapitals an der Bilanzsumme beträgt 82 %.

Kredite

Die Kreditverbindlichkeiten der Tourismuszentrale belaufen sich zum 01. Januar 2015 auf insgesamt 633.179,58 EUR bei der Dexia Kommunalbank Deutschland AG (286 TEUR), bei der WL Bank (175 TEUR) sowie bei der HypoVereinsbank (172 TEUR). Insgesamt ist eine Tilgungssumme von rund 49 TEUR vereinbart, so dass sich entsprechend die Kreditverbindlichkeiten zum 31.12.2015 auf insgesamt ca. 584 TEUR belaufen werden.

Die bisher bestehenden Kredite der TZR&W wurden bereits in den Jahren 1998/99 für die Sanierung der Vogtei, sowie verschiedene kleinere Investitionsvorhaben aufgenommen.

Es ist für das Jahr 2015 keine Neukreditaufnahme oder Umschuldung geplant.

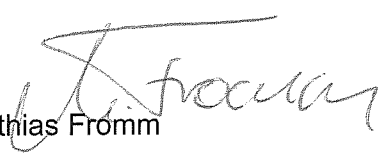
Liquidität

Die Liquidität des kommunalen Eigenbetriebes ist durch die Genehmigung eines Kassenkredits gegeben. Ist die laufende Liquidität nicht mehr gegeben, sind laut § 9 Pkt. 10 EigVO M-V vom 25.2.2008 zahlungswirksame Teile des Jahresverlustes unverzüglich aus Haushaltsmitteln der Gemeinde auszugleichen.

Unter Beachtung der Hinweise des Innenministeriums des Landes Mecklenburg-Vorpommern vom 20.11.2006 zur Aufstellung der Wirtschaftspläne der Eigen- und Beteiligungsgesellschaften geben wir nachfolgend Auskunft:

- 1.) Darstellung bestehender, freiwilliger, nicht durch einen öffentlichen Zweck erforderlichen Aufwendungen des Unternehmens (bspw. Sponsoring u. ä. Zuschüsse):
Entfällt.
- 2.) Angaben zum Budget für Werbemaßnahmen:
Das Budget für Werbemaßnahmen beträgt 381.400 EUR (einschließlich Personalkosten).
- 3.) Bei tariflich gebundenen Unternehmen Angaben zur Anzahl der Beschäftigten mit Sonderdienstvertrag und die Gründe für den Abschluss eines Sonderdienstvertrages, außerdem Angaben zur grundsätzlichen Vergütungsstruktur der Beschäftigten mit Sonderdienstverträgen (z.B. Vereinbarung einer Erfolgsbeteiligung):
Nicht zutreffend.
- 4.) Angaben zum Umfang nicht betriebsnotwendigen Vermögens:
Es besteht kein offenkundiges nicht betriebsnotwendiges Vermögen.
- 5.) Angaben zum Vorhandensein nicht zwingend betriebsnotwendiger Geschäftsbereiche und deren Auswirkung auf das Jahresergebnis:
Alle bestehenden Geschäftsbereiche erfüllen ausschließlich die in der Betriebssatzung vorgegebenen Aufgaben.

- 6.) Bei entgeltfinanzierten Unternehmen auf Grundlage des kommunalen Abgabengesetzes (Gebühren oder privatrechtliche Entgelte) ist auszuführen, ob kostendeckende Entgelte erhoben werden und ob diese Entgelte eine angemessene Eigenkapitalverzinsung (unter Angabe des angesetzten Zinssatzes) berücksichtigen:
Nicht zutreffend.



Matthias Fromm

25.09.2014

Erwartete Erfolgsübersicht für das Jahr 2015 der Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde

	Gesamt	Allgemeine Betriebsleitung	Seebad und Kurwesen	Tourist - Info	Marketing	Grundstücke/Flächen	Hanse Sail Büro
	€	€	€	€	€	€	€
1. Materialaufwand	267.000	0	115.200	64.400	0	85.000	2.400
2. Löhne und Gehälter	2.176.100	454.000	598.500	577.500	151.000	0	395.100
3. soziale Abgaben und Aufwendungen für Unterstützung	446.500	87.500	130.500	125.000	31.500	0	72.000
4. Aufwendungen für Altersversorgung	73.000	15.500	21.000	20.000	5.500	0	11.000
5. Abschreibungen	264.100	4.300	70.900	39.500	1.700	134.600	13.100
6. Zinsen und ähnlichen Aufwendungen	24.200	24.200	0	0	0	0	0
7. Steuern	6.700	300	4.200	0	200	1.200	800
8. Andere betriebliche Aufwendungen	2.302.800	183.400	553.600	119.750	358.000	73.650	1.014.400
9. Summe Aufwendungen 1-8	5.560.400	769.200	1.493.900	946.150	547.900	294.450	1.508.800
10. Betriebserträge	4.275.400	66.500	1.791.300	258.100	166.500	1.223.600	769.400
11. Finanzergebnis	5.000	5.000	0	0	0	0	0
12. Betriebsergebnis	-1.280.000	-697.700	297.400	-688.050	-381.400	929.150	-739.400
13. Umlage			177.087	101.193	50.596	75.894	101.193
14. Ergebnis	-1.280.000		120.313	-789.243	-431.996	853.256	-840.593
15. Zuschuss der Hansestadt Rostock zum Verlustausgleich							
16. Jahresergebnis	-1.280.000						

Anlage zum Wirtschaftsplan 2015 der Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde

Stellen-und Personalentwicklung 2014 – 2023

Der Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde wurden bei ihrer Gründung im Jahr 1994 durch die Hansestadt Rostock per Satzung Aufgaben übertragen, deren Gegenstand die Planung, Koordinierung und Durchführung von Leistungen, die im Interesse der Hansestadt liegen und mit dem öffentlichen Zweck verbunden sind, die bestmöglichen Rahmenbedingungen für die weitere Entwicklung des Städte- und Seebädertourismus zu schaffen.

Ziele sind:

1. die Hansestadt Rostock als attraktives Ziel für den Städte-, Erholungs-, Tagungs-, Kongress- und Messetourismus, als Austragungsort maritimer Großveranstaltungen und als Anlaufpunkt für die internationale Kreuzfahrtschiffahrt am nationalen und internationalen Markt zu platzieren,
2. für die Ortsteile Warnemünde, Diedrichshagen, Hohe Düne und Markgrafenheide das Prädikat „Seebad“ im Sinne des Kurortgesetzes zu bewahren sowie einen attraktiven Seebäderbetrieb mit Wassersport- und Kurkomponente zu gewährleisten.
3. zur Unterstützung aller Marketingmaßnahmen und geplanten touristischen Aktionen attraktive und aussagekräftige Publikationen, Angebote und Werbemittel zu entwickeln, herauszugeben und zu vertreiben sowie durch eine wirksame Presse- und Öffentlichkeitsarbeit und die Mitarbeit in regionalen, nationalen und internationalen touristischen Vereinen und Verbänden den Bekanntheitsgrad der Hansestadt Rostock mit dem Seebad Warnemünde weiter zu erhöhen und damit den Standortfaktor Tourismus auszubauen.
4. Das durch Bürgerschaftsbeschluss übertragene Sondervermögen wird entsprechend der Eigenbetriebsverordnung durch den Eigenbetrieb verwaltet und erhalten.
5. Die Hansestadt Rostock kann dem Eigenbetrieb durch Satzung weitere Aufgaben und Zuständigkeiten zuweisen.

Orientiert am Aufgabenspektrum und den finanziellen Rahmenbedingungen wurden die erforderlichen Strukturen in der Tourismuszentrale geschaffen und der Personalbedarf ermittelt.

Der Personalaufwand für alle Beschäftigten ist in den vergangenen 10 Jahren (2003 bis 2012) um 8% gestiegen und widerspiegelt im Wesentlichen die zwischenzeitlichen Erhöhungen laut Tarifvertrag.

In den Stellenplänen 2010 bis 2015 sind, umgerechnet in Vollzeitanteilen, folgende Personalbedarfe ausgewiesen:

Plan 2010: 48 davon 2 Azubi
 Plan 2011: 50 davon 2 Azubi
 Plan 2012: 48 davon 3 Azubi
 Plan 2013: 50 davon 3 Azubi
 Plan 2014: 50 davon 3 Azubi
 Plan 2015: 49 davon 2 Azubi

Entsprechend der Gliederung der Struktur der Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde und der Altersstruktur wurde der Personalbedarf für die Jahre 2014 bis 2023 ermittelt.

Ausgehend von der Planung 2015 soll der Personalbestand auf 49 Vollzeitmitarbeiter auch für die Folgejahre nicht überschritten werden.


Die Personalbedarfsplanung für die Jahre 2014 – 2023 gliedert sich wie folgt:

- A Personalbedarf für den Zeitraum 2014 – 2023
- B Frei werdende Stellen von 2014 – 2023
- C Prognose des internen und externen Personalbedarfs
- D Personalbedarf nach Entgeltgruppen
- E Personalbedarf nach Bildungsabschluss

Ziel ist es, anhand der Personalbedarfsplanung rechtzeitig Maßnahmen zu ergreifen, die eine planmäßige und den Qualifizierungserfordernissen entsprechende Nachbesetzung gewährleisten.

Insbesondere Auszubildende mit einem erfolgreichen Abschluss haben die Möglichkeit, nahtlos in den Arbeitsprozess einbezogen zu werden. Hiernach richtet sich auch der Ausbildungsbedarf der Tourismuszentrale für die kommenden Jahre.

Nicht in der Personalbedarfsplanung enthalten sind die jährlich neu zu besetzenden Saisonstellen und die Stellen von Auszubildenden.



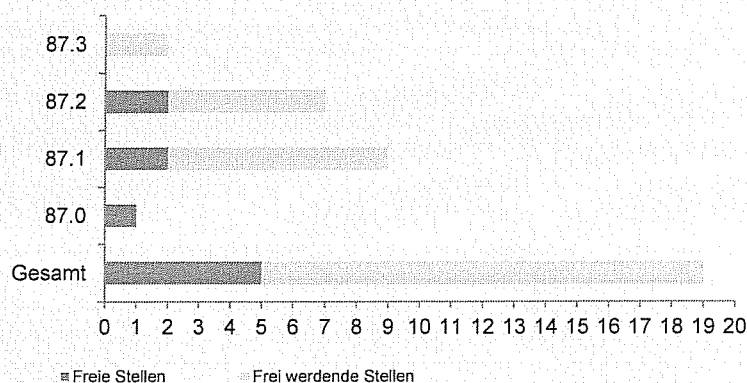
Matthias Fromm
Tourismusdirektor

Rostock, den 19.09.2014

A Personalbedarf im Zeitraum 2014 bis 2023

A	Personalbedarf für den Zeitraum 2014 bis 2023		
	Gesamt	Freie Stellen	Frei werdende Stellen
Gesamt	19	5	14
87.0	1	1	0
87.1	9	2	7
87.2	7	2	5
87.3	2	0	2

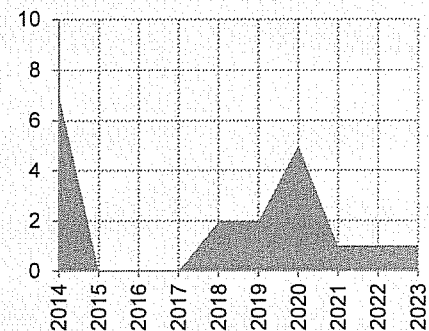
Personalbedarf 2014 bis 2023
- in Personen -



B Frei werdende Stellen bis 2023

B	Frei werdende Stellen 2014 bis 2023										
	Ges.	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
Gesamt	19	7	0	0	0	2	2	5	1	1	1
87.0	1	1									
87.1	9	4				1	2	1	1		
87.2	7	2				1		2		1	1
87.3	2							2			

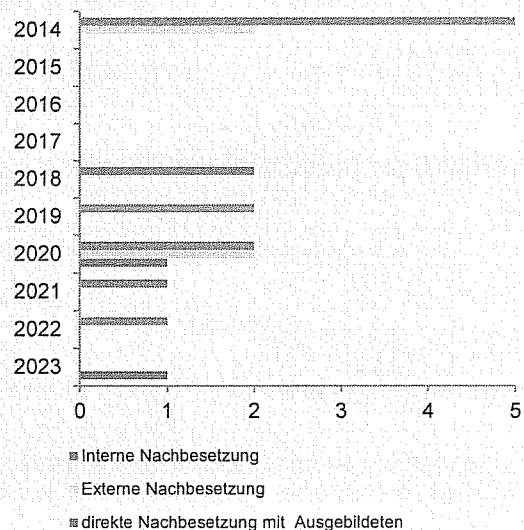
Frei werdende Stellen
-in Personen -



C Prognose des internen und externen Personalbedarfs

C	Personalbedarf im Zeitraum 2014 bis 2023										
	ges.	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023
		in Personen									
Insgesamt	19	7	0	0	0	2	2	5	1	1	1
dav.: Externe Nachbesetzung	4	2	0	0	0	0	0	2	0	0	0
dav.: Interne Nachbesetzung	13	5	0	0	0	2	2	2	1	1	0
dav.: direkte Nachbesetzung mit Ausgebildeten	2	0	0	0	0	0	0	1	0	0	1

Personalbedarf 2014 bis 2023
- in Personen -



Gemeinde / Landkreis / Zweckverband¹⁾**Hansestadt Rostock****Zusammenstellung für das Jahr****2015**

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Tourismuszentrale Rostock & WarnemündeGemäß § 5 Abs. 1 Nr. 2 der Eigenbetriebsverordnung i.V.m. § 64 Abs. 1 der Kommunalverfassung hat
2)

durch Beschluss vom _____ den Wirtschaftsplan

für das Wirtschaftsjahr _____ festgestellt:

Es betragen

1. im Erfolgsplan

- die Erträge
- die Aufwendungen
- der Jahresgewinn
- der Jahresverlust

in TEUR

4.280,05.560,0-1.280,0

2. im Finanzplan

- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit ³⁾
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit ⁴⁾
- der Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit ⁵⁾
- der Saldo aus der Änderung des Finanzmittelbestandes ⁶⁾

-1.083,0-148,01.231,00,0

3. Es werden festgesetzt

- der Gesamtbetrag der Kredite für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen auf
- davon für Umschuldungen
- der Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen auf
- der Höchstbetrag aller Kredite zur Liquiditätssicherung

0,00,0-420,0

4. Die Stellenübersicht weist 49 Stellen in Vollzeitäquivalenten aus

5. Der Stand des Eigenkapitals

- betrug zum 31.12. des Vorvorjahres
- beträgt zum 31.12. des Vorjahres voraussichtlich
- beträgt zum 31.12. des Wirtschaftsjahres voraussichtlich

11.517,911.517,911.517,96. Die rechtsaufsichtliche Genehmigung wurde erteilt am ⁷⁾:

Ort, Datum/Unterschrift des gesetzlichen Vertreters:

¹⁾ Nichtzutreffendes streichen²⁾ beschließendes Organ³⁾ Nummer 10 des Finanzplans⁴⁾ Nummer 19 des Finanzplans⁵⁾ Nummer 24 des Finanzplans⁶⁾ Nummer 25 des Finanzplans⁷⁾ nur, wenn Genehmigung erforderlich

Erfolgsplan

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde**-in TEUR-**

	Bezeichnung	Ist 2013 (Vorvorjahr)	Plan 2014 (Vorjahr)	Plan 2015 (Planjahr)	Plan 2016 (1. Folgejahr)	Plan 2017 (2. Folgejahr)	Plan 2018 (3. Folgejahr)
1.	Umsatzerlöse	4.138	3.900	4.158	4.200	4.250	4.300
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen						
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen						
4.	Sonstige betriebliche Erträge	93	50	50	50	50	50
5.	Materialaufwand	253	274	267	260	260	260
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	51	60	60	50	50	50
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	202	214	207	210	210	210
6.	Personalaufwand	2.348	2.540	2.695	2.750	2.800	2.850
	a) Löhne und Gehälter	1.915	2.054	2.176	2.200	2.250	2.300
	b) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung	433	486	519	550	550	550
	- davon für Altersversorgung	66	69	73	75	75	75
7.	Abschreibungen auf	218	218	264	260	260	260
	a) immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	218	218	264	260	260	260
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB						
	- davon nach § 254 HGB						
	b) Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten						
	- davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB						
	- davon nach § 254 HGB						
8.	Erträge aus Auflösungen von Sonderposten nach § 21 Abs. 4-6 EigVO	56	55	67	67	67	67
9.	Konzessionsabgabe						
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	2.093	2.208	2.303	2.300	2.300	2.300
11.	Erträge aus Beteiligungen						
	- davon aus verbundenen Unternehmen						
12.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens						
	- davon aus verbundenen Unternehmen						
13.	Zinsen und ähnliche Erträge	24	5	5	5	5	5
	- davon aus verbundenen Unternehmen						

Anlage 2 (zu § 15)
Seite 2 von 2

	Bezeichnung	Ist	Plan	Plan	Plan	Plan	Plan
		2013	2014	2015	2016	2017	2018
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
14.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens						
15.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	31	44	24	25	25	25
	- davon an verbundene Unternehmen						
16.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit						
17.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen						
18.	Aufwendungen aus Verlustübernahme						
19.	Außerordentliche Erträge						
20.	Außerordentliche Aufwendungen						
21.	Außerordentliches Ergebnis						
22.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag						
23.	Sonstige Steuern	6	6	7	7	7	7
24.	Jahresgewinn / Jahresverlust	-637	-1.280	-1.280	-1.280	-1.280	-1.280

vorgesehene

Behandlung des Jahresgewinns^{1, 2)} oder Behandlung des Jahresverlustes^{1, 2)}

Verwendung	Betrag in TEUR	Verwendung	Betrag in TEUR
a) zur Tilgung des Verlustvortrages		a) zu tilgen aus dem Gewinnvortrag	
b) zur Einstellung in Rücklagen		b) aus dem Haushalt der Kommune (durch Gesellschafter) auszugleichen	1.280
c) zur Abführung an den Haushalt der Gemeinde (Gesellschafter)		c) auf neue Rechnung vorzutragen	
d) auf neue Rechnung vorzutragen			

Für Unternehmen in Privatrechtsform:

bei Gewinnabführung an bzw. Verlustausgleich durch mehrere Gesellschafter:

	Gesellschafter	Gesellschafts- anteile in %	Betrag in TEUR
1.			
2.			
3.			
4.			
5.			
6.			

¹⁾ § 11 Absatz 5 Gemeindehaushaltsverordnung-Doppik: Bei Sondervermögen mit Sonderrechnungen sind die voraussichtlichen Jahresergebnisse in dem Ergebnishaushalt der Gemeinde zu veranschlagen.

²⁾ Mit Zahlungswirksamkeit des Verlustausgleiches bzw. der Gewinnausschüttung ist eine Veranschlagung im Finanzhaushalt der Gemeinde im Folgejahr vorzunehmen.

Finanzplan

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde**-in TEUR-**

	Bezeichnung	Ist 2013 (Vorvorjahr)	Plan 2014 (Vorjahr)	Plan 2015 (Planjahr)	Plan 2016 (1. Folgejahr)	Plan 2017 (2. Folgejahr)	Plan 2018 (3. Folgejahr)
1	Periodenergebnis vor außerordentlichen Posten	-638	-1.280	-1.280	-1.280	-1.280	-1.280
2	Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	218	218	264	260	260	260
3	Auflösung (-)/Zuschreibungen (+) auf Sonderposten zum Anlagevermögen	-56	-55	-67	-67	-67	-67
4	Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	0	0	0	0	0
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)	0	0	0	0	0	0
6	Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	178		0			
7	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	-68	0	0	0	0	0
8	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	244		0			
9	Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten	0	0	0	0	0	0
10	Mittelzu- / Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	-121	-1.117	-1.083	-1.087	-1.087	-1.087
11	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	1	0	0	0	0	0
12	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	-85	-589	-148	-200	-200	-200
13	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0	0	0	0
14	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0	0	0	0	0	0
15	(+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0	0	0	0	0
16	(-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	0	0	0	0	0	0
17	(+) Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen	0	170	0	0	0	0
	davon						
	a) empfangene Ertragszuschüsse	0	0	0	0	0	0
	b) Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter	0	0	0	0	0	0
18	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen	0	0	0	0	0	0
19	Mittelzu- / Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-85	-420	-148	-200	-200	-200
20	(+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	638	1.280	1.280	1.280	1.280	1.280
21	(-) Auszahlungen an die Gemeinde (Abführung aus Gewinnen oder Eigenkapital)	0	0	0	0	0	0

	Bezeichnung	Ist 2013	Plan 2014	Plan 2015	Plan 2016	Plan 2017	Plan 2018
		(Vorvorjahr)	(Vorjahr)	(Planjahr)	(1. Folgejahr)	(2. Folgejahr)	(3. Folgejahr)
22	(+) Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und der Begebung von Anleihen	0	380	0	0	0	0
23	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten	-39	-64	-49	-51	-53	-55
24	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	598	1.596	1.231	1.229	1.227	1.225
25	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 19, 24)	392	60	0	-58	-60	-62
26	(+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands	0	0	0	0	0	
27	(+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	502	369	429	429	371	311
28	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	894	429	429	371	311	249

Gemeinde/Landkreis/Zweckverband ¹⁾
Hansestadt Rostock

Vermögensplan für das Jahr 2015
für

(Name des Eigenbetriebs / des Unternehmens - entfällt bei Zweckverband -)
Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde

Teil A:

Finanzierungsmittel (Einnahmen) (Alle Angaben in TDM/TEUR)

	Bezeichnung	Plan 2015 (Planjahr)	Plan 2014 (Itd. Jahr)	Ist 2013 (Vorjahr d. lfd. Jahres)	Erläuterungen ⁶⁾
1.	Zuführungen zum Eigenkapital ²⁾	-	-	-	
2.	Zuführungen zu langfristigen Rücklagen und Kapitalzuschüsse ^{2) 3)}	-	-	-	
3.	Jahresgewinn	-	-	-	
4.	Zuführungen zu Sonderposten mit Rücklageanteil ²⁾	-	170	-	
5.	Beiträge und ähnliche Entgelte ⁴⁾	-	-	-	
6.	Veräußerung von Beteiligungen / Rückflüsse von Kapitalanlagen	-	-	-	
7.	Zuführungen zu langfristigen Rückstellungen ²⁾	-	-	-	
8.	Kredite	-	380	-	
9.	Abschreibungen	264	218	218	
10.	Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	-	-	1	
11.	Rückflüsse aus gewährten Krediten	-	-	-	
12.	Sonstige Einnahmen ⁵⁾	-	-	-	
	Finanzierungsmittel insgesamt	264	768	219	

¹⁾ Nichtzutreffendes streichen

²⁾ Zuführungen von anderen Dritten (Gemeinde, Zuschüsse u.ä.), nicht eigene Zuführungen

³⁾ Kapitalzuschüsse i. S. d. § 20 Abs. 3 S. 5

⁴⁾ Ertragszuschüsse und Baukostenzuschüsse i. S. d. § 20 Abs. 3 S. 1 und S. 3

⁵⁾ Sonstige Einnahmen sind grundsätzlich zu erläutern (ggf. auf Beiblatt)

⁶⁾ z.B. Verweis auf Position in anderen Bestandteilen des Wirtschaftsplans, Erläuterungen ggf. auf gesondertem Blatt

Name des Betriebes/Unternehmens:
Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde

Investitionsübersicht							
Maßnahme (mit Zuordnung zum Bereichsfinanzplan)							
Beschreibung der Maßnahme: Büro- und Geschäftsausstattung							
	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsjahres	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme
Einzahlungen und Auszahlungen							
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen							
davon empfangene Ertragszuschüsse							
davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter							
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens							
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens							
Sonstige Investitionseinzahlungen							
Summe Einzahlungen							
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen							
davon Grundstücke							
davon Gebäude							
davon Maschinen							
davon Büro- und Geschäftsausstattung	27,2		27,2				
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen							
Sonstige Investitionsauszahlungen							
Summe Auszahlungen	27,2		27,2				
Nachrichtlich							
veranschlagte VE							
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-27,2		-27,2				

Name des Betriebes/Unternehmens:
Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde

Investitionsübersicht							
Maßnahme (mit Zuordnung zum Bereichsfinanzplan)							
Beschreibung der Maßnahme: Parkplatzausstattung							
	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsjahres	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme
Einzahlungen und Auszahlungen							
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen							
<i>davon empfangene Ertragszuschüsse</i>							
<i>davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter</i>							
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens							
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens							
Sonstige Investitionseinzahlungen							
Summe Einzahlungen							
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen							
<i>davon Grundstücke</i>							
<i>davon Gebäude</i>							
<i>davon Maschinen</i>							
<i>davon Büro- und Geschäftsausstattung</i>	26,5		26,5				
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen							
Sonstige Investitionsauszahlungen							
Summe Auszahlungen	26,5	0	26,5				
<i>Nachrichtlich</i>							
veranschlagte VE							
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-26,5	0	-26,5				

Name des Betriebes/Unternehmens:
Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde

Investitionsübersicht									
Maßnahme (mit Zuordnung zum Bereichsfinanzplan)									
Beschreibung der Maßnahme: Rechentechnik /Hard- und Software									
	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsjahres	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluß der Maßnahme	in TEUR	
Einzahlungen und Auszahlungen									
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen									
davon empfangene Ertragszuschüsse									
davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter									
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens									
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens									
Sonstige Investitionseinzahlungen									
Summe Einzahlungen									
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen									
davon Grundstücke									
davon Gebäude									
davon Maschinen									
davon Büro- und Geschäftsausstattung	19,1		19,1						
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen									
Sonstige Investitionsauszahlungen									
Summe Auszahlungen	19,1	0	19,1						
Nachrichtlich									
veranschlagte VE									
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-19,1	0	-19,1						

Name des Betriebes/Unternehmens:
Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde

Investitionsübersicht							
Maßnahme (mit Zuordnung zum Bereichsfinanzplan)							
Beschreibung der Maßnahme: Strand- und Promenadentechnik							
	Gesamt	Bis zum Planjahr geleistete Auszahlungen	Ansatz des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des zweiten Wirtschaftsjahres	Planungsdaten des dritten Wirtschaftsjahres	Planungsdaten der weiteren Wirtschaftsjahre bis zum Abschluss der Maßnahme
in TEUR							
Einzahlungen und Auszahlungen							
Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen							
davon empfangene Ertragszuschüsse							
davon Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter							
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens							
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens							
Sonstige Investitionseinzahlungen							
Summe Einzahlungen							
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen							
davon Grundstücke							
davon Gebäude							
davon Maschinen	45,0		45,0				
davon Büro- und Geschäftsausstattung	30,2		30,2				
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen							
Sonstige Investitionsauszahlungen							
Summe Auszahlungen	75,2	0	75,2				
Nachrichtlich							
veranschlagte VE							
Saldo der Ein- und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-75,2	0	-75,2				

Gemeinde/Landkreis/Zweckverband ¹⁾
Hansestadt Rostock

Vermögensplan für das Jahr 2015

für

(Name des Eigenbetriebs / des Unternehmens - entfällt bei Zweckverband -)
Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde

Teil B:

Finanzierungsbedarf (Ausgaben)

(Alle Angaben in TDM/TEUR)

	Bezeichnung	Planansatz			Ergebnis der Jahresrechnung	Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen		Erläuterung ²⁾
		Ausgaben 2015 (Planjahr)	Verpflichtungen 2015 (Planjahr)	Ausgaben 2014 (laufendes Jahr)		Gesamtausbedarf	bisher bereitgestellt	
1.	Rückzahlung von Eigenkapital	-	-	-	-	-	-	
2.	Auflösung von Rücklagen	-	-	-	-	-	-	
3.	Jahresverlust	-	-	-	-	-	-	
4.	Auflösung von Sonderposten mit Rücklagenanteil	67	-	55	56	-	-	
5.	Inanspruchnahme von langfristigen Rückstellungen		-	60	259	-	-	
	Investitionen ³⁾	148	-	589	85	-	-	
6.	6.1							
	6.2							
	6.3							
	6.4							
7.	Tilgung von Krediten	49	-	64	39	-	-	
8.	Gewährung von Krediten	-	-	-	-	-	-	
9.	Sonstige Ausgaben ⁴⁾	-	-	-	-	-	-	
10.	Finanzierungsbedarf insgesamt ⁵⁾	264	-	768	439	-	-	

¹⁾ Nichtzutreffendes streichen

²⁾ z.B. Verweis auf andere Bestandteile des Plans, insbesondere lfd. Nr. der Investitionsplanung

³⁾ getrennt nach Betriebszweigen und Investitionsmaßnahmen - ggf. auf gesondertem Blatt

⁴⁾ Sonstige Ausgaben sind grundsätzlich zu erläutern - ggf. auf gesondertem Blatt; vgl. hierzu Ausführungsbestimmungen

⁵⁾ Summe soll mit der Summe des Teil A des Vermögensplans (Finanzierungsmittel) übereinstimmen.

Stellenübersicht 2015

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Kommunaler Eigenbetrieb**Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde**

lfd. Nr.	Bezeichnung der Stelle	Anzahl und Bewertung im Vorjahr		Tatsächliche Besetzung am 30.06. des Vorjahres	Anzahl und Bewertung im Planjahr		Bemerkungen
1	2	3		4	5		6
01	Tourismusedirektor/in	1,000	15	15	1,000	15	
02	Assistent/in Tourismusedirektor/in	1,000	08	08	1,000	08	
03	Leiter/in (Zentrale Steuerung)	1,000	14	-	1,000	14	neue StB+Bew. geplant
04	SGL Betriebswirtschaft/Controlling	1,000	14	14	1,000	14	
05	SB Rechnungswesen/Finanzen	1,000	09	09	1,000	09	
06	SB Rechnungswesen/Kasse	1,000	09	09	1,000	09	
07	TUI-Systembetreuer	1,000	10	10	1,000	10	
08	SB Rechnungsw./Controlling/Personal	1,000	09	09	1,000	09	
09	SB Kurabgabeabrechnung	1,000	08	08	1,000	08	
10	SB Kurabgabeerfassung	0,500	05	05	0,500	05	befr. bis 31.12.2015
11	SGL Tourismusförderung/Verträge	1,000	09	09	1,000	09	
12	SB Seebadwesen	1,000	09	09	1,000	09	
13	SB Veranstaltungen	1,000	09	09	1,000	09	
14	SB Veranstaltungen	1,000	08	08	1,000	08	
15	Strandvogt	1,000	06	06	1,000	06	01.05. bis 30.09.2015
16	Strandvogt	1,000	06	06	0,750	06	01.05. bis 30.09.2015
17	SGL Technik	1,000	10	10	1,000	10	
18	Betriebshandwerker/Elektriker	1,000	06	06	1,000	06	
19	Betriebshandwerker	1,000	05	05	1,000	05	
20	Betriebshandwerker	1,000	05	05	1,000	05	
21	Betriebshandwerker	1,000	05	-	1,000	05	
22	Betriebshandwerker	1,000	05	05	1,000	05	
23	Handwerker	1,000	04	04	1,000	04	15.03. bis 31.10.2015
24	Handwerker	1,000	04	04	1,000	04	15.03. bis 31.10.2015
25	Handwerker	1,000	04	04	1,000	04	15.03. bis 31.10.2015
26	Handwerker	1,000	04	04	1,000	04	15.03. bis 31.10.2015
27	Objektbetreuer	0,750	03	03	0,750	03	01.04. bis 15.11.2015
28	Handwerker	1,000	04	04	1,000	04	01.05. bis 31.08.2015
29	Handwerker	1,000	04	04	1,000	04	01.05. bis 31.08.2015
30	Leiter/in (Marketing/Vertrieb)	1,000	12	12	1,000	12	
31	SB Marketing/Werbung	1,000	10	10	1,000	10	
32	SB Produktentwicklung	1,000	10	10	1,000	10	
33	SGL Tourist-Information	1,000	10	11	1,000	11	Neubewertung 27.01.14
34	SB Tagungen & Kongresse	1,000	11	11	1,000	11	ku
35	SB Vermittlung/Leistungen	1,000	09	09	1,000	09	
36	SB Vermittlung/Unterkünfte	1,000	09	09	1,000	09	
37	SB Büroorganisation/Verm./Verk.	1,000	08	08	1,000	08	
38	SB Information/Verkauf	1,000	08	08	1,000	08	
39	SB Information/Verkauf	1,000	08	08	1,000	08	
40	SB Information/Verkauf	1,000	08	10	1,000	10	neue StB+Bew. geplant

Stellenübersicht 2015

für

Name des Betriebes/Unternehmens:

Kommunaler Eigenbetrieb**Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde**

Ifd. Nr.	Bezeichnung der Stelle	Anzahl und Bewertung im Vorjahr	Tatsächliche Besetzung am 30.06. des Vorjahres	Anzahl und Bewertung im Planjahr	Bemerkungen
1	2	3	4	5	6
41	SB Information/Verkauf	1,000 08	08	1,000 08	
42	SB Information/Verkauf	1,000 08	06	1,000 08	Übern.n.Ausbildung
43	SB Information/Verkauf	1,000 08	08	1,000 08	
44	SB Information/Verkauf	1,000 08	06	1,000 08	Übern.n.Ausbildung
45	SB Information/Verkauf	0,875 06	06	0,875 06	01.04. bis 31.10.2015
46	SB Information/Verkauf	0,875 06	06	0,875 06	01.05. bis 31.10.2015
47	SB Information/Verkauf	1,000 06	06	1,000 06	01.04. bis 31.10.2015
48	SB Information/Verkauf	1,000 06	06	1,000 06	01.05. bis 31.10.2015
49	SB Information/Verkauf	0,625 05	05	0,625 05	01.06. bis 31.08.2015
50	SB Information/Verkauf	0,625 05	05	0,625 05	01.06. bis 31.08.2015
51	Auszubildende/r	1,000 TVAöD	TVAöD	1,000 TVAöD	bis 28.02.15, ev.Übern.
52	Auszubildende/r	1,000 TVAöD	-	1,000 TVAöD	01.09.2014-31.08.2017
53	BL maritimer Tourismus/HSB	1,000 14	14	1,000 14	
54	SB Veranstaltungen/Verträge	1,000 09	09	1,000 09	
55	SB Veranstaltungen	1,000 09	09	1,000 09	
56	SB Markt/Sponsoring	1,000 09	09	1,000 09	
57	SB Rechnungsw./Kasse/Personal	1,000 09	09	1,000 09	
58	SB Organisation/Veranstaltungen	1,000 11	11	1,000 11	
59	SB maritimer Tourismus/Projektkoord.	1,000 08	-	1,000 08	befr. bis 31.07.2015

Anlage 9 (zu § 12)

Gemeinde/Landkreis/Zweckverband
Hansestadt Rostock

Finanzplan für das Jahr

2015

für

(Name des Eigenbetriebs / des Unternehmens - entfällt bei Zweckverband -)

Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde

Teil B:**Finanzierungsmittel (Einnahmen) und
Finanzierungsbedarf (Ausgaben)**

(Alle Beträge in TDM/TEUR)

	Bezeichnung	Jahr 2014 (Ist-Jahr)	Jahr 2015 (Planjahr)	Jahr 2016 (1. Folgejahr)	Jahr 2017 (2. Folgejahr)	Jahr 2018 (3. Folgejahr)
1.	Zuführungen zum Eigenkapital	-	-	-	-	-
2.	Zuführungen zu langfristigen Rücklagen und Kapitalzuschüsse ²⁾	-	-	-	-	-
3.	<i>Jahresgewinn</i>	-	-	-	-	-
4.	Zuführungen zu Sonderposten mit Rücklageanteil	170	-	-	-	-
5.	Beiträge und ähnliche Entgelte ³⁾	-	-	-	-	-
6.	Veräußerung von Beteiligungen / Rückflüsse von Kapitalanlagen	-	-	-	-	-
7.	Zuführungen zu langfristigen Rückstellungen	-	-	-	-	-
8.	Kredite	380	-	-	-	-
9.	Abschreibungen	218	264	260	260	260
10.	Anlagenabgänge	-	-	-	-	-
11.	Rückflüsse aus gewährten Krediten	-	-	-	-	-
12.	Sonstige Einnahmen ⁴⁾	-	-	-	-	-
13.	Finanzierungsmittel insgesamt ⁵⁾	598	264	260	260	260
14.	Rückzahlung von Eigenkapital	-	-	-	-	-
15.	Auflösung von Rücklagen	-	-	-	-	-
16.	<i>Jahresverlust</i>	-	-	-	-	-
17.	Auflösung von Sonderposten mit Rücklagenanteil	55	67	67	67	67
18.	Auflösung von langfristigen Rückstellungen	60	-	-	-	-
19.	Investitionen ⁶⁾	589	148	142	140	138
	19.1					
	19.2					
	19.3					
	19.4					
20.	Tilgung von Krediten	64	49	51	53	55
21.	Gewährung von Krediten	-	-	-	-	-
22.	Sonstige Ausgaben ⁴⁾	-	-	-	-	-
23.	Finanzierungsbedarf insgesamt ⁵⁾	768	264	260	260	260

¹⁾ Nichtzutreffendes streichen²⁾ Kapitalzuschüsse i.S.d. § 20 Abs. 3 S.5³⁾ Ertragszuschüsse und Baukostenzuschüsse i.S.d. § 20 Abs. 3 S.1 und S.3⁴⁾ Sonstige Einnahmen und sonstige Ausgaben sind grundsätzlich zu erläutern (ggf. auf Beiblatt)⁵⁾ Summe der Finanzierungsmittel soll mit der Summe des Finanzierungsbedarfs übereinstimmen.⁶⁾ getrennt nach Betriebszweigen und Investitionsmaßnahmen - ggf. auf gesondertem Blatt

Gemeinde/Landkreis/Zweckverband 1)
Hansestadt Rostock

Finanzplan für das Jahr

2015

für

(Name des Eigenbetriebs / des Unternehmens - entfällt bei Zweckverband -)

Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde

Teil C: Übersicht über die Einnahmen und Ausgaben, die sich auf die Finanzplanung für den Haushalt der Gemeinde auswirken

(Alle Beträge in TDM/TEUR)

	Bezeichnung	Jahr 2013 (lfd. Jahr.)	Jahr 2014 (Planjahr)	Jahr 2015 (1. Folgejahr)	Jahr 2016 (2. Folgejahr)	Jahr 2017 (3. Folgejahr)
1.	Einnahmen:	-	-	-	-	-
	Zuweisungen der Gemeinde					
	a) zur Eigenkapitalaufstockung	-	-	-	-	-
	b) zum Verlustausgleich	638*	1280*	1280*	1280*	1280*
	c) Investitionszuschüsse	-	-	-	-	-
2.	Darlehen der Gemeinde	-	-	-	-	-
1.	Ausgaben:	-	-	-	-	-
	Ablieferungen an die Gemeinde					
	a) von Rückzahlung Ausgleich Vorjahr	-	-	-	-	-
	b) von Konzessionsabgaben	-	-	-	-	-
	c) von Verwaltungskostenbeiträgen	-	-	-	-	-
	d) bei Eigenkapitalentnahmen	-	-	-	-	-
2.	Tilgung von Darlehen der Gemeinde	-	-	-	-	-

* ohne Verlustvortrag Vorjahre

1) Nichtzutreffendes streichen

Name des Betriebs/Unternehmens:

Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde**Bilanz für das Jahr 2013**

Aktivseite		Jahr	Vorjahr
		2013	2012
A.	Anlagevermögen		
I.	Immaterielle Vermögensgegenstände		
1.	Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	9.654,47	9.339,41
2.	Geleistete Anzahlungen		
II.	Sachanlagen		
1.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte		
a)	Geschäfts, Betriebs- und andere Bauten	1.674.771,60	1.795.125,13
b)	Bahnkörper und Bauten des Schienenweges		
2.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten		
3.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	10.104.249,98	10.104.249,98
4.	Bauten auf fremden Grundstücken, die nicht zu Nummer 1 oder 2 gehören	46.007,47	46.007,47
5.	Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen ¹⁾		
6.	Verteilungsanlagen ¹⁾		
7.	Gleisanlagen, Streckenausrüstung und Sicherheitsanlagen		
8.	Fahrzeuge für Personen- und Geschäftsverkehr		
9.	Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu den Nummern 5 bis 8 gehören		
10.	Betriebs- und Geschäftsausstattung	293.366,95	328.985,74
11.	Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	22.871,88	692,73
III.	Finanzanlagen		
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen ²⁾		
2.	Ausleihungen an verbundene Unternehmen ²⁾		
3.	Beteiligungen		
4.	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
5.	Wertpapiere des Anlagevermögens		
6.	Sonstige Ausleihungen		
B.	Umlaufvermögen		
I.	Vorräte		
1.	Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe		
2.	Unfertige Erzeugnisse, unfertige Leistungen		
3.	Fertige Erzeugnisse und Waren	39.121,76	17.751,54
4.	Geleistete Anzahlungen		
II.	Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände		
1.	Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	216.456,68	199.694,02
2.	Forderungen gegen verbundene Unternehmen ²⁾		
3.	Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
4.	Forderungen an die Gemeinde und deren Sondervermögen	794.559,69	1.006.777,76
5.	Sonstige Vermögensgegenstände	9.887,90	11.633,14
III.	Schecks, Kassenbestand, Bundesbank- und Postgiro Guthaben	894.281,08	502.124,45
C.	Rechnungsabgrenzungsposten	4.528,28	6.271,79
		14.109.757,74	14.028.653,16

Passivseite		Jahr	Vorjahr
A.	Eigenkapital	5.000.000,00	5.000.000,00
I.	Stammkapital		
II.	Rücklagen		
1.	Allgemeine Rücklage	6.437.334,58	6.437.334,58
2.	Zweckgebundene Rücklage	80.579,60	80.579,60
III.	Gewinn/Verlust		
	Gewinn/Verlust des Vorjahres		
	Verwendung für/ Ausgleich durch		
	Jahresgewinn/Jahresverlust	0,00	0,00
B.	Sonderposten		
I.	mit Rücklagenanteil ³⁾	553.863,07	610.252,84
II.	zum Anlagevermögen		
1.	empfangene Ertragszuschüsse		
2.	Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter		
III.	Sonstige		
C.	Rückstellungen		
1.	Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	0,00	40.200,00
2.	Steuerrückstellungen		
3.	Sonstige Rückstellungen	430.690,00	457.940,00
D.	Verbindlichkeiten		
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	693.057,13	732.402,92
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	49.597,00	48.303,27
2.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen		
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr		
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	150.002,46	183.808,65
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	150.002,46	183.808,65
4.	Verbindlichkeiten aus der Annahme gezogener Wechsel und der Ausstellung eigener Wechsel		
5.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen		
6.	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht		
7.	Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde und deren Sondervermögen	660.816,54	345.711,22
8.	Sonstige Verbindlichkeiten	40.119,54	81.528,23
	davon		
a)	mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	40.119,54	81.528,23
b)	aus Steuern	26.731,57	23.422,29
c)	im Rahmen der sozialen Sicherheit	0,00	0,00
E	Rechnungsabgrenzungsposten	63.294,82	58.895,12
		14.109.757,74	14.028.653,16

¹⁾ Anlagen der Energie- und Wasserversorgung²⁾ Die Begriffsbestimmung des § 15 Aktiengesetz findet sinngemäß Anwendung³⁾ Die Vorschriften, nach denen der Sonderposten gebildet wurde, sind im Anhang anzugeben.

Name des Betriebs/Unternehmens:

Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde**Gewinn- und Verlustrechnung**

2013

2012

1.	Umsatzerlöse	<u>4.138.400,03</u>	<u>3.888.012,32</u>
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen und Leistungen		
3.	Andere aktivierte Eigenleistungen		
4.	Sonstige betriebliche Erträge	<u>93.308,92</u>	<u>177.951,73</u>
5.	Materialaufwand		
	a) Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	<u>51.061,52</u>	<u>44.183,99</u>
	b) Aufwendungen für bezogene Leistungen	<u>201.626,43</u>	<u>184.909,96</u>
6.	Personalaufwand		
	a) Löhne und Gehälter	1.915.426,76	1.834.591,08
	b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	<u>432.924,54</u>	<u>425.746,73</u>
	davon für Altersversorgung	<u>66.250,75</u>	<u>67.467,61</u>
7.	Abschreibungen		
	a) auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	<u>218.391,15</u>	<u>233.187,85</u>
	davon nach § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB
	davon nach § 254 HGB
	b) auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die im Unternehmen üblichen Abschreibungen überschreiten
	davon nach § 253 Abs. 3 HGB
	davon nach § 254 HGB
8.	Erträge aus Auflösungen von Sonderposten nach § 21 Abs. 4-6 EigVO	<u>56.389,77</u>	<u>50.695,31</u>
9.	Konzessionsabgabe
10.	Sonstige betriebliche Aufwendungen	<u>2.092.652,20</u>	<u>2.174.719,12</u>
11.	Erträge aus Beteiligungen
	davon aus verbundenen Unternehmen
12.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens
	davon aus verbundenen Unternehmen
13.	Zinsen und ähnliche Erträge	<u>23.696,48</u>	<u>4.014,01</u>
	davon aus verbundenen Unternehmen
14.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens
15.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	<u>30.974,80</u>	<u>34.772,46</u>
	davon an verbundene Unternehmen
16.	Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit
17.	Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnabführungs- und Teilgewinnabführungsverträgen

18.	Aufwendungen aus Verlustübernahme	<u> </u>	<u> </u>
19.	Außerordentliche Erträge	<u> </u>	<u> </u>
20.	Außerordentliche Aufwendungen	<u> </u>	<u> </u>
21.	Außerordentliches Ergebnis	<u> </u>	<u> </u>
22.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	<u> </u>	<u> </u>
23.	Sonstige Steuern	<u>6.287,77</u>	<u>9.035,08</u>
24.	Jahresgewinn/Jahresverlust vor zweckgebundenem Ertrag	<u>-637.549,97</u>	<u>-820.472,90</u>
25.	Zweckgebundene Erträge aus Anlageverkäufen	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>
26.	Verlust/Gewinn vor Ausgleich	<u>-637.549,97</u>	<u>-820.472,90</u>
27.	Verlustausgleichsanspruch	<u>637.549,97</u>	<u>820.472,90</u>
28.	Jahresverlust	<u>0,00</u>	<u>0,00</u>

Name des Betriebs/Unternehmens:

Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde**Finanzrechnung**

-in TEUR-			
	Bezeichnung	Ergebnis des Vorjahres	Wirtschaftsjahr
		2012	2013
1	Periodenergebnis (einschließlich Ergebnisanteile von Minderheitsgesellschaften) vor außerordentlichen Posten nach interner Leistungsverrechnung	0	0
2	Abschreibungen (+)/ Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	233	218
3	Auflösung (-)/ Zuschreibungen (+) auf Sonderposten zum Anlagevermögen	-51	-56
4	Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	6	0
5	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+) und Erträge (-)		
6	Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva	131	178
7	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	-71	-68
8	Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva	247	244
9	Ein- (+) und Auszahlungen (-) aus außerordentlichen Posten		
10	Summe Mittelzu-/Mittelabfluss aus laufender Geschäftstätigkeit	495	516
11	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens und des immateriellen Anlagevermögens	1	1
12	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen und das immaterielle Anlagevermögen	-130	-85
13	(+) Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens		
14	(-) Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen		
15	(+) Einzahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition		
16	(-) Auszahlungen aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition		
17	(+) Einzahlungen aus Sonderposten zum Anlagevermögen		
	davon		
	a) empfangene Ertragszuschüsse		
	b) Beiträge und einmalige Entgelte Nutzungsberechtigter		
18	(-) Auszahlungen aus der Rückzahlung von Sonderposten zum Anlagevermögen		
19	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit	-129	-85
20	(+) Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0	0
21	(-) Auszahlungen an die Gemeinde		
22	(+) Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und der Begebung von Anleihen	0	0
23	(-) Auszahlungen aus der Tilgung von Anleihen und Investitionskrediten	-35	-39
24	Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit	-35	-39
25	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestands (Summe aus Ziffer 10, 19, 24)	331	392
26	(+/-) Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelbestands		
27	(+) Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	171	502
28	Finanzmittelbestand am Ende der Periode	502	894

Name des Betriebs/Unternehmens:
Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde

Anlagenübersicht 2013

Posten	Bezeichnung	Anschaffungs- und Herstellungskosten				Abschreibungen, Wertberichtigungen				Aufgelaufene Abschreibungen zum 31.12.		Abschreibungen im Jahr		Umbuchungen im Jahr		Aufgelaufene Abschreibungen auf Abgänge		Abschreibungen zum 31.12.		Restbuchwerte am Ende des Jahres		Restbuchwerte am Ende des Jahres		Wertminderung durch unterlassene Instandhaltung, Altlasten, sonstiges
		Stand zum 31.12. Vorjahr ¹⁾	Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr	Stand zum 31.12. Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr	Vorjahr	Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr	Wirtschaftsjahr	
I	Immaterielle Vermögensgegenstände																							
1.	Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	37	5	2	0	40			5	27		0								31	10		9	
2.	Geldwerte																							
Summe immaterielle Vermögensgegenstände		37	5	2	0	40			5	27										31	10		9	
II	Sachanlagen																							
1.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte																							
a)	Geschäfts-, Betriebs- und andere Bauten	4.040	0	0		4.040			118	2.244		0							2.362	1.677		1.795		
b)	Bahnkörper und Bauten des Schienenweges																							
2.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Wohnbauten																							
3.	Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte ohne Bauten	10.104	0	0	0	10.104			0			0							0	10.104	43	10.104		
4.	Bauten auf fremden Grundstücken, die nicht zu der Nummer 1 oder 2 gehören	208	0	0		208			3	162		0							165			46		
5.	Erzeugungs-, Gewinnungs- und Bezugsanlagen ²⁾																							
6.	Verteilungsanlagen ²⁾																							
7.	Gleisanlagen, Streckenausstattung und Sicherheitsanlagen																							
8.	Fahrzeuge für Personen- und Geschäftsverkehr																							
9.	Maschinen und maschinelle Anlagen, die nicht zu den Nummern 5 bis 8 gehören																							
10.	Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.357	57	101	0	1.312			93	1.027		0							1.019	293		330		
11.	Geldwerte	0	23	0	0	23			0			0							0	23		0		
Summe Sachanlagen		15.709	80	101	0	15.688			214	3.433		0							3.545	12.141		12.275		
III	Finanzanlagen																							
1.	Anteile an verbundenen Unternehmen																							
2.	Ausleihungen an verbundene Unternehmen																							
3.	Beteiligungen																							
4.	Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht																							
5.	Wertpapiere des Anlagevermögens																							
6.	Sonstige Ausleihungen																							
Summe Finanzanlagen																								
Summe Anlagevermögen		15.746	85	103	0	15.728			218	3.460		0							3.576	12.151		12.284		
Summe Sonderposten ³⁾									56	610									554					

¹⁾ Einschließlich aller aufgelaufener Zu- und Abgänge sowie Umbuchungen.
²⁾ Anlagen der Energie- und Wasserversorgung
³⁾ Korrespondierend zur Entwicklung des Anlagevermögens ist die Entwicklung der Sonderposten mit in die Anlagenübersicht aufzunehmen.

Name des Betriebs/Unternehmens:

Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde**Forderungsübersicht 2013**

lfd. Nr.		Bilanzwert	Bilanzwert	vorgenommene Wertberichtigun- gen	Forderungen zum Ende des Wirtschaftsjahres		
		zum Ende des Vorjahres	zum Ende des Wirtschafts- jahres	für das Wirtschaftsjahr	davon mit einer Restlaufzeit		
					bis zu einem Jahr	von über einem bis zu fünf Jahren	von mehr als fünf Jahren
in TEUR							
1	Forderungen aus Lief- erungen und Leistungen	200	245	29	216		
	- davon						
	a) öffentlich-rechtliche Forderungen						
	b) privatrechtliche Forderungen	200	245	29	216		
2	Forderungen gegen verbundene Unternehmen						
	- davon						
	a) öffentlich-rechtliche Forderungen						
	b) privatrechtliche Forderungen						
3	Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht						
	- davon						
	a) öffentlich-rechtliche Forderungen						
	b) privatrechtliche Forderungen						
4	Forderungen gegen die Gemeinde und deren Sondervermögen	1.007	795	0	795		
	- davon						
	a) öffentlich-rechtliche Forderungen	1.007	795	0	795		
	b) privatrechtliche Forderungen	0	0	0	0		
5	Sonstige Vermögensgegenstände	12	10	0	10		
	Summe Forderungen	1.218	1.050	29	1.021	0	0

Name des Betriebs/Unternehmens:
Tourismuszentrale Rostock & Warnemünde

Verbindlichkeitenübersicht 2013

lfd. Nr.	Bezeichnung	Verbindlichkeiten zum 31.12.			Stand zum 31.12. Wirtschaftsjahr (Nominalwert)	Abzinsung zum 31.12. Wirtschaftsjahr	Stand zum 31.12. Wirtschaftsjahr (Bilanzwert)	davon durch Grundpfand- rechte oder ähnliche Rechte besichert	Art und Form der Sicherheit	Stand zum 31.12. Vorjahr (Bilanzwert)
		Wirtschaftsjahr								
		mit einer Restlaufzeit								
		bis zu einem Jahr	von über einem bis zu fünf Jahren	von mehr als fünf Jahren						
in TEUR										
1.	Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	50	199	441	689	0	689			732
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	50								
2.	Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen									
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr									
3.	Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	150	0	0	150	0	150			184
	davon mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	150								
4.	Verbindlichkeiten aus der Annahme gezogener Wechsel und der Ausstellung eigener Wechsel									
5.	Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen									
6.	Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht									
7.	Verbindlichkeiten gegenüber der Gemeinde und deren Sonderevermögen	661	0	0	661	0	661			346
	Sonstige Verbindlichkeiten	40	0	0	40	0	40			82
	davon:									
a)	mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr	13			13		13			59
b)	aus Steuern	27			27		23	27		23
c)	im Rahmen der sozialen Sicherheit	0			0		0			
9.	Summe der Verbindlichkeiten	901	199	441	1.540	0	1.540	0	0	1.344

Angaben § 6 Haushaltssatzung

Vermögensplan 2015

Einnahmen	264.000,00 €
-----------	--------------

Ausgaben	264.000,00 €
----------	--------------

Beschlussvorlage	Datum:	20.10.2014
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft	fed. Senator/-in:	OB, Roland Methling
	bet. Senator/-in:	
Federführendes Amt: Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft	bet. Senator/-in:	
Beteiligte Ämter: Bauamt Ortsamt Nordwest 1		
Verlängerung der Veränderungssperre zum Bebauungsplangebiet Nr. 01.WA.183 "Schutz des Wohnens vor Umwandlung in Ferienwohnungen in Warnemünde"		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
09.12.2014	Ortsbeirat Seebad Warnemünde, Diedrichshagen (1)	Vorberatung
06.01.2015	Bau- und Planungsausschuss	Vorberatung
14.01.2015	Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus	Vorberatung
22.01.2015	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung	
	Vorberatung	
28.01.2015	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Zur Sicherung der Planung wird für das Bebauungsplangebiet Nr. 01.WA.183 „Schutz des Wohnens vor Umwandlung in Ferienwohnungen“ die bestehende Veränderungssperre um ein Jahr verlängert. Der § 4 Abs. 2 Satz 1 und 2 werden neu gefasst:
 „Die Veränderungssperre tritt nach Ablauf von drei Jahren außer Kraft.
 Auf die Dreijahresfrist ist der seit der Zustellung der ersten Zurückstellung eines Baugesuches nach § 15 BauGB abgelaufene Zeitraum anzurechnen.“

Der als Anlage beigefügte Lageplan ist Bestandteil des Beschlusses.

Beschlussvorschriften:
 § 22 Abs. 2 Kommunalverfassung M-V

bereits gefasste Beschlüsse: -

Sachverhalt:

Die Umwandlung von Wohnraum in Ferienwohnungen und die Errichtung von Ferienwohnungen vor allem in Bereichen, die durch Wohnnutzung geprägt sind, können eine geordnete städtebauliche Entwicklung eines Ortsteils insgesamt gefährden. Das Strukturkonzept Warnemünde hat die Notwendigkeit der Wahrung eines ausgewogenen Verhältnisses von Ferienwohnungen und Dauerwohnen zum Erhalt eines „urbanen Gleichgewichts“ herausgearbeitet. Bereits mit dem Strukturkonzept Warnemünde wurde anhand der Bestandserfassung dringender Handlungsbedarf festgestellt.

Zum Schutz des Wohnens vor Umwandlung in Ferienwohnungen in Warnemünde ist bis zur Rechtskraft eines Bebauungsplanes eine Veränderungssperre erlassen worden. Rechtlich besteht nach § 17 (1) BauGB die Möglichkeit, diese um ein Jahr zu verlängern. Das B-Planverfahren ist noch nicht abgeschlossen, so dass hier eine Verlängerung der Veränderungssperre notwendig ist.

Finanzielle Auswirkungen:

Keine

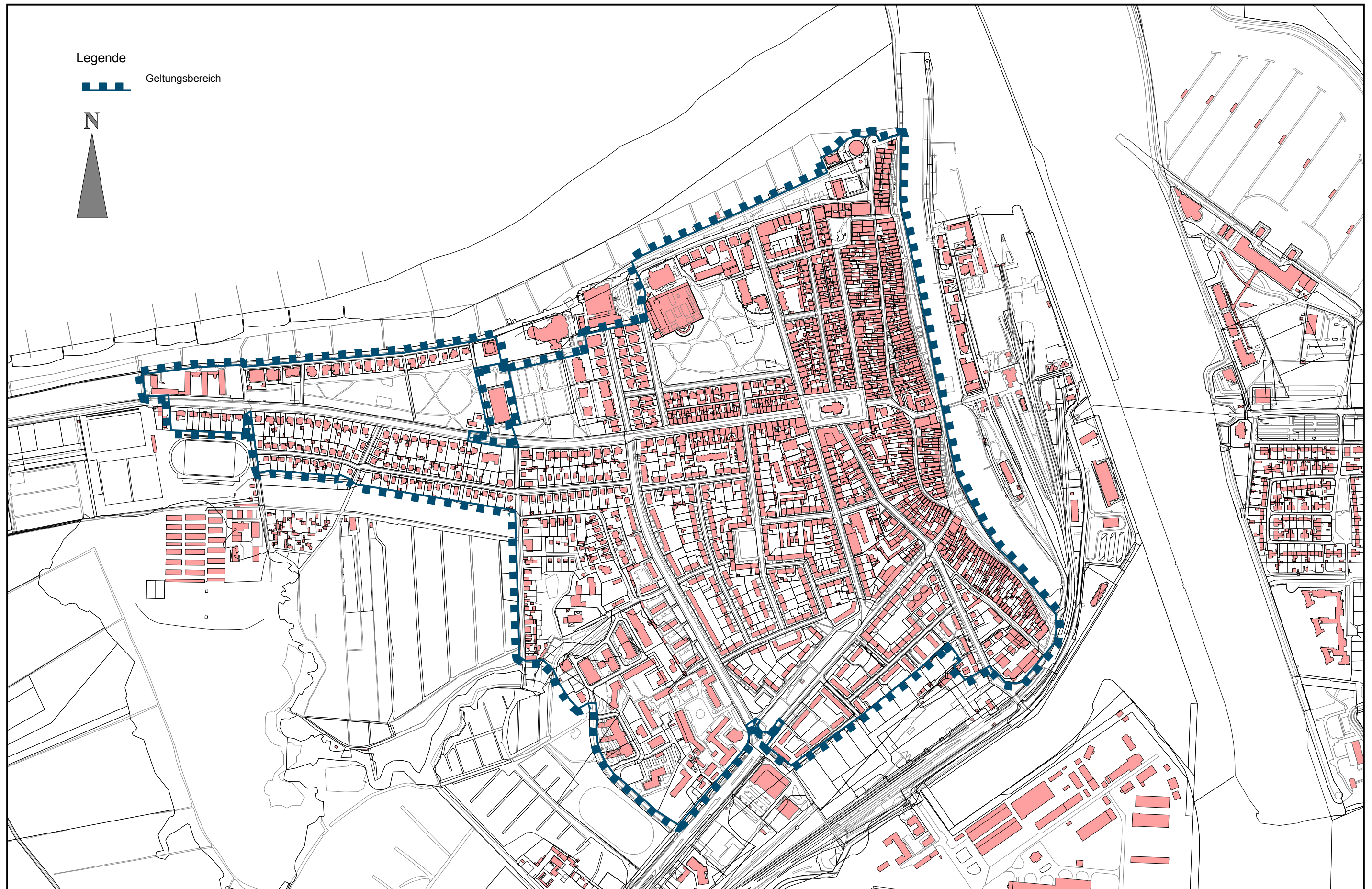
Bezug zum Haushaltssicherungskonzept:

kein

Roland Methling

Anlage/n:

Lageplan

Hansestadt Rostock - Seebad Warnemünde**Anlage - Veränderungssperre zum Bebauungsplangebiet Nr. 01.WA.183 "Schutz des Wohnens vor Umwandlung in Ferienwohnungen"**

Beschlussvorlage	Datum: 25.11.2014
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft	fed. Senator/-in: OB, Roland Methling
	bet. Senator/-in:
Federführendes Amt: Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft	bet. Senator/-in:
Beteiligte Ämter: Amt für Stadtgrün, Naturschutz u. Landschaftspflege Amt für Umweltschutz Bauamt Kataster-, Vermessungs- und Liegenschaftsamt Ortsamt Mitte Tief- und Hafenbauamt Zentrale Steuerung	

1.Änderung des Bebauungsplanes Nr. 12.W.60 "Brinckmanshöhe" - Aufstellungsbeschluss		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
06.01.2015	Ortsbeirat Brinckmansdorf (15)	Vorberatung
13.01.2015	Bau- und Planungsausschuss	Vorberatung
14.01.2015	Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus	Vorberatung
15.01.2015	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung	
	Vorberatung	
28.01.2015	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Der Bebauungsplan Nr. 12.W.60 "Brinckmanshöhe" soll im Bereich der Baugebiete WA 1.1 bis WA 1.6, der Gemeinbedarfsfläche „Bürgerhaus“ sowie der Wohngebietsfläche mit dem besonderen Nutzungszweck ‚Gastronomie / Information‘ im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB geändert werden.

Die Änderungsbereiche betreffen die unbebauten Flächen beidseitig der Wohngebietszufahrt R.-Tarnow-Straße sowie die unbebaute Fläche südwestlich der Wohnhäuser E.-Lindenberg-Str. Nr. 1 und Nr. 46 (vgl. Lageplan).

Es werden folgende Planungsziele angestrebt:

1. Aufhebung der Nutzungsbeschränkung in der textlichen Festsetzung A3 (bisher Beschränkung der Erdgeschossnutzung entlang der Rudolf-Tarnow-Straße auf Läden, ausnahmsweise Dienstleistungseinrichtungen mit stärkerem Publikumsverkehr).
2. Reduzierung der Bauhöhenvorgabe C5 auf eine Mindesthöhe 9 m für Gebäude entlang des östlichen Wohngebietsrandes (WA 1.1 bis WA 1.3) einschließlich Anpassung der überbaubaren Grundstücksflächen (Baugrenzen).

3. Zulassung einer offenen Einfamilienhausbebauung in den Baugebieten WA 1.4 bis WA 1.6) und auf der Gemeinbedarfsfläche ‚Bürgerhaus‘ einschließlich Anpassung der Baugrenzen.
4. Zulassung einer Wohnbebauung auf der bisherigen Fläche für „Gastronomie / Information“ einschließlich Anpassung der Baugrenzen.

Beschlussvorschriften:

§ 22 Abs. 2 KV M-V

§ 2 Abs. 1 BauGB

bereits gefasste Beschlüsse:

keine

Sachverhalt:

Nachdem die Bebauung des Gebietes „Brinckmanshöhe“ in den meisten Quartieren weitestgehend abgeschlossen ist, verbleiben die für eine 3- bis 4-geschossige Mehrfamilienhausbebauung (z.T. mit Geschäftsunterlagerung) vorgesehenen Bauflächen an der Wohngebietszufahrt beidseitig der Rudolf-Tarnow Straße sowie die für Gemeinbedarfs- bzw. Infrastrukturzwecke vorgesehenen Einzelstandorte (Rudolf-Tarnow-Straße/Ecke Albert-Schulz-Straße sowie Edith-Lindenberg-Straße) weiterhin ungenutzt. Die Ursachen hierfür liegen z.T. in besonderen Festsetzungen über die zulässige Nutzungsart und über die Bauhöhe, die eine nachfragegerechte und wirtschaftliche bauliche Nutzung dieser Flächen bislang erschweren.

Die benannten Bereiche mit einer Nettofläche von insgesamt 2,4 ha sind stadttechnisch und verkehrlich voll erschlossen und bilden damit eine nennenswerte Reserve für den privaten Wohnungsbaumarkt der Hansestadt Rostock. Unter der Voraussetzung einer Anpassung der Festsetzungen an den ungebrochen hohen Wohnbauland-Bedarf kann dieses Flächenpotenzial ohne zusätzliche Investitionen kurzfristig für den örtlichen Wohnungsbaumarkt verfügbar gemacht werden.

Für die ursprünglich beabsichtigte Ausstattung des Gebietes mit Ladengeschäften zur Nahversorgung der Bewohner sowie mit einem Bürgerhaus und einer gastronomischen Einrichtung konnten in den zurückliegenden Jahren keine Interessenten akquiriert werden. Ein Eigenengagement der Hansestadt Rostock ist ebenso wenig vorgesehen. Diese Infrastrukturausstattungen erweisen sich insoweit absehbar als nicht realisierbar, weil sie nicht von einer ausreichenden örtlichen Nachfrage getragen werden können und weil auch langfristig kein zusätzliches Nachfrage- bzw. Kundenpotenzial - etwa durch Erweiterung des Einzugsbereichs - generiert werden wird. Es wird deshalb empfohlen, diese Bauflächen im Wege der B-Planänderung einer allgemeinen Wohnnutzung zugänglich zu machen. Mit der geplanten Wohnbebauung am östlichen Rand des Wohngebietes soll auch Planungsvorsorgeaspekten zur Gewährleistung gesunder Wohnverhältnisse Rechnung getragen werden. Die Bebauung dazu wurde ursprünglich als Riegelbebauung mit einer Mindesthöhe von 12 m konzipiert, um für die westlich angrenzenden Areale eine Abschirmung gegenüber dem aus östlicher Richtung einwirkenden Verkehrslärm (BAB A19, Timmermannstraat, Hafenanschlussgleis) zu erzielen. Die WIRO GmbH hatte sich verpflichtet, eine solche „Lärmschutzbebauung“ zu realisieren.

In ergänzenden Schalltechnischen Untersuchungen (12/2011 und 08/2012) wurde die Wirkung der Riegelbebauung untersucht. Dabei war zu berücksichtigen, dass aufgrund veränderter Verkehrsströme auf der A 19 (Fertigstellung Warnowtunnel 2003) die tatsächliche Verkehrsmengenentwicklung und auch die aktualisierte Verkehrsmengenprognose 2020 (unter Einschluss der noch freien Flächen des benachbarten Gewerbegebietes) hinter der seinerzeit zugrunde gelegten Verkehrsmengenprognose 2010 zurück bleibt (Zählungen Straßenbauamt Schwerin, Tief- und Hafenbauamt Rostock). Hieraus ergeben sich Entscheidungsspielräume für eine Anpassung des Lärmschutzkonzeptes.

Am östlichen Rand der jetzigen Bebauung werden im Tagzeitraum die schalltechnischen Orientierungswerte auch ohne die geplanten Riegelbebauung eingehalten. Im Nachzeitraum wird die fehlende Riegelbebauung durch die geringeren Verkehrsbelegungen überwiegend kompensiert; die Orientierungswerte werden nachts jedoch mit und ohne Riegelbebauung überschritten.

Ziel der Planänderung ist es deshalb auch, den erforderlichen Schallschutz durch eine abschirmende Bebauung nunmehr zu erreichen, indem ein ohne Erschwernisse und zeitnah umsetzbares Baukonzept entwickelt wird.

Die angestrebte Planänderung soll im beschleunigten Verfahren ohne Umweltprüfung durchgeführt werden (§ 13a Baugesetzbuch). Eine schalltechnische Begutachtung und Abstimmung des veränderten Baukonzeptes ist gleichwohl vorgesehen.

Der Aufstellungsbeschluss ist erforderlich als Ermächtigungsgrundlage der Verwaltung zur Veranlassung der frühzeitigen Unterrichtung der Öffentlichkeit über die Planungsziele (§ 13a Abs. 3 Nr. 2 BauGB).

Finanzielle Auswirkungen:

Die Kosten der Planänderung (einschl. Artenschutzprüfung) werden von der WIRO GmbH als Antragstellerin und begünstigte Grundstückseigentümerin getragen; der HRO entstehen keine finanziellen Aufwendungen.

in Vertretung

Dr. Chris Müller
Senator für Finanzen, Verwaltung und Ordnung
und Erster Stellvertreter des Oberbürgermeisters

Anlage/n:

Lageplan



Anlage zum Beschluss über die Aufstellung der 1. Änderung des Bebauungsplans
Nr. 12.W.60 "Brinckmanshöhe"

Beschlussvorlage	Datum:	02.01.2014
Entscheidendes Gremium: Bürgerschaft	fed. Senator/-in:	OB, Roland Methling
	bet. Senator/-in:	
Federführendes Amt: Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft	bet. Senator/-in:	
Beteiligte Ämter: Amt für Stadtgrün, Naturschutz u. Landschaftspflege Amt für Umweltschutz Bauamt Kataster-, Vermessungs- und Liegenschaftsamt Ortsamt Mitte Stadtforstamt Tief- und Hafenbauamt		
Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 12.W.174 "Wohnen am Hürbaasweg"		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
02.12.2014	Ortsbeirat Brinckmansdorf (15)	Vorberatung
06.01.2015	Bau- und Planungsausschuss	Vorberatung
14.01.2015	Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus	Vorberatung
22.01.2015	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung	
	Vorberatung	
28.01.2015	Bürgerschaft	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

1. Für das Gebiet entlang des Hürbaaswegs in Brinckmansdorf soll ein Bebauungsplan aufgestellt werden.

Das Gebiet wird begrenzt:

im Norden: durch die Tessiner Straße,

im Osten: durch die Ostseite der Straße „Hürbaasweg“,

im Süden: durch die südliche Flurstücksgrenze des Flurstücks 26/21, Flur 1, Gemarkung Kassebohm, südlich der ehem. Kaufhalle

im Westen: durch den Wald „Cramons Tannen“.

2. Der Bebauungsplan soll die bauplanungsrechtlichen Voraussetzungen für die Umsetzung folgender Planungsziele schaffen:

- Die Neuordnung und städtebauliche Aufwertung der ca. 1 ha großen Fläche insbesondere im Hinblick auf das Gelände der ehemaligen „Kaufhalle“ am Hürbaasweg, die seit vielen Jahren ihre ursprüngliche Funktion verloren hat.

- Die Wiedernutzbarmachung und Nachverdichtung von Flächen, die in den letzten Jahren durch Funktionsverlust gekennzeichnet waren, für den Wohnungsbau in offener Bauweise in den Hausformen Einzel- oder Doppelhaus, die die nähere Umgebung bereits prägen, bei weitestgehendem Schutz der erhaltenswerten Großbäume auf der Grundlage des Baumgutachtens v. 06.02.2013 der Sachverständigen „Forstservice & Gutachterbüro Dipl. Ing. (FH) Jana Sadlowski“.
 - Die städtebaulich klare Definition der Waldgrenze westlich des Hürbaaswegs einschließlich einer Waldumwandlung auf Flächen mit teils überalterten, das Wohnen gefährdenden Bäumen mit kompensierender Ersatzaufforstung der zu fällenden Bäume an geeigneter Stelle.
3. Da es sich um einen Bebauungsplan der Innenentwicklung gemäß § 13a BauGB mit einer zulässigen Grundfläche von weniger als 20.000 m² handeln wird, ist keine Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) durchzuführen.
4. Es wird ein artenschutzrechtlicher Fachbeitrag erarbeitet werden und eine Waldumwandlung gemäß Landeswaldgesetz (LWaldG MV) einschließlich Ersatzaufforstung durchzuführen sein.

Der als Anlage beigefügte Lageplan ist Bestandteil des Beschlusses.

Beschlussvorschriften: § 22 Abs. 2 KV M-V
§ 2 Abs. 1 BauGB

bereits gefasste Beschlüsse: keine

Sachverhalt:

Seit Jahren wurde die ehemalige Kaufhalle am Hürbaasweg nicht mehr ihrer ursprünglichen Funktion entsprechend genutzt und entwickelte sich mit der Zeit zum städtebaulichen Missstand. Das Gebäude wurde zuletzt nur noch als Archiv und Lager von dem privaten Eigentümer des Gebäudes vermietet.

Seitens der Landesforst MV gibt es nach mehrmaligen Begehungen eine erste Einschätzung des Baumzustands per Email an Amt 61 vom 09.12.2010, die von einem Gefährdungspotenzial der ca. 140-jährigen Rotbuchen für die bestehenden Wohnhäuser westlich des Hürbaaswegs ausgeht und aus Verkehrssicherheitsgründen am Rande des Wohnbestands eine Waldumwandlung unter Fällung gefährdender Bäume empfiehlt, sowie ein Baumgutachten vom 06.02.2013 der Sachverständigen „Forstservice & Gutachterbüro Dipl.-Ing. (FH) Jana Sadlowski“.

Die Fläche der ehemaligen Kaufhalle am Hürbaasweg soll nunmehr mit Hilfe der Aufstellung dieses Bebauungsplans einer Wiedernutzbarmachung im Sinne des § 13a BauGB durch kleinteilige Wohnhäuser zugeführt werden. Der die Eigenart der näheren Umgebung vorprägende Wohnbestand soll hierbei Maßstabs bildend für die Festsetzungen des Bebauungsplans wirken, so dass mit Einzel- oder Doppelhäusern in offener Bauweise zu rechnen ist. Hierbei soll der vorhandene gesunde Baumbestand so weit als möglich berücksichtigt und bewahrt werden.

Der Flächenumfang des Geltungsbereichs des Bebauungsplans beträgt insgesamt ca. 1 ha.

Finanzielle Auswirkungen:

- Planungskosten einschließlich Aufwendungen für einen artenschutzrechtlichen Fachbeitrag
- Kosten für die Ersatzaufforstung im Rahmen der Waldumwandlung
- ggf. Erschließungskosten zur Verbreiterung der Straßenverkehrsfläche inkl. seitlicher Gehweg

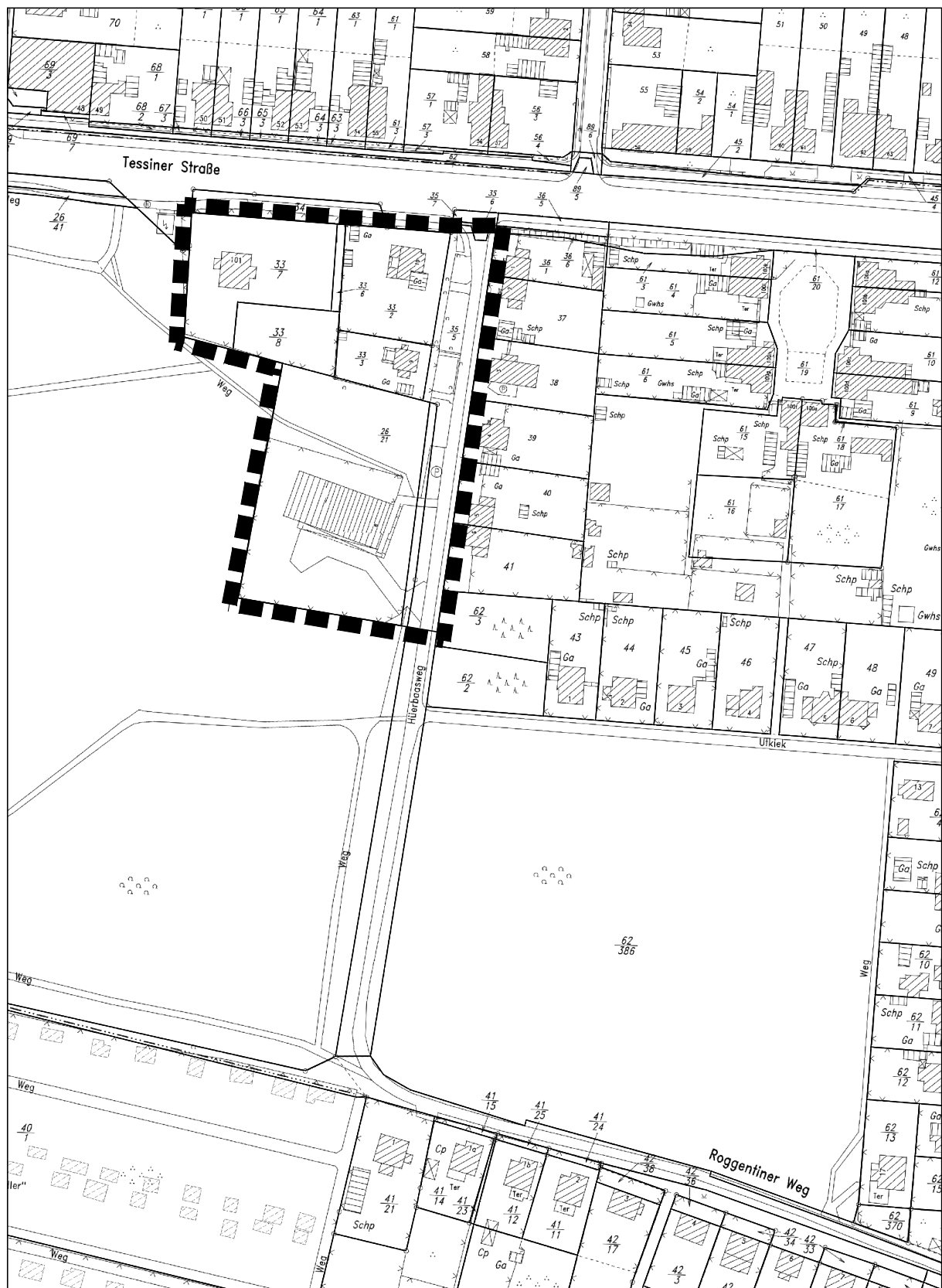
Diese Kosten können erst nach erfolgtem Aufstellungsbeschluss im weiteren Verfahren dargestellt werden.

Kein Bezug zum aktuellen Haushaltssicherungskonzept.

Roland Methling

Anlage/n: Lageplan

Anlage zum Beschluss über die Aufstellung des Bebauungsplans Nr. 12.W.174
"Wohnen am Hürbaasweg"



Informationsvorlage	Datum: 29.10.2014	
Federführendes Amt: Amt für Stadtentwicklung, Stadtplanung und Wirtschaft	fed. Senator/-in: OB, Roland Methling	
	bet. Senator/-in:	
Beteiligte Ämter: Amt für Stadtgrün, Naturschutz u. Landschaftspflege Amt für Umweltschutz Bauamt Büro des Oberbürgermeisters Hafen- und Seemannsamt Kataster-, Vermessungs- und Liegenschaftsamt Ortsamt Mitte Ortsamt Nordwest 1 Ortsamt Ost Sitzungsdienst Tief- und Hafenbauamt Zentrale Steuerung	bet. Senator/-in:	
Erarbeitung eines Hafenentwicklungsplanes 2030 (HEP) für die Hansestadt Rostock		
Beratungsfolge:		
Datum	Gremium	Zuständigkeit
02.12.2014	Ortsbeirat Schmarl (7)	Kenntnisnahme
09.12.2014	Ortsbeirat Seebad Warnemünde, Diedrichshagen (1)	Kenntnisnahme
09.12.2014	Ortsbeirat Groß Klein (4)	Kenntnisnahme
10.12.2014	Ortsbeirat Markgrafenheide, Hohe Düne, Hinrichshagen, Wiethagen, Torfbrücke (2)	Kenntnisnahme
10.12.2014	Ortsbeirat Kröpeliner-Tor-Vorstadt (11)	Kenntnisnahme
16.12.2014	Ortsbeirat Gehlsdorf, Hinrichsdorf, Krummendorf, Nienhagen, Peez, Stuthof, Jürgeshof (19)	Kenntnisnahme
17.12.2014	Ortsbeirat Stadtmitte (14)	Kenntnisnahme
18.12.2014	Ortsbeirat Toitenwinkel (18)	Kenntnisnahme
06.01.2015	Bau- und Planungsausschuss	Kenntnisnahme
14.01.2015	Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus	Kenntnisnahme
15.01.2015	Ausschuss für Stadt- und Regionalentwicklung, Umwelt und Ordnung	Kenntnisnahme
28.01.2015	Bürgerschaft	Kenntnisnahme

Sachverhalt:

Der bestehende „Hafenentwicklungsplan 2010/15 der Hansestadt Rostock“ (HEP), der im September 2006 erstellt und durch die Bürgerschaft der Hansestadt Rostock im Januar 2007 zur Kenntnis genommen wurde, bedarf der Aktualisierung.

Der Hafenentwicklungsplan zeigt eine wahrscheinliche Entwicklungsperspektive zur Sicherung und zum Ausbau der derzeitigen Wettbewerbsposition des Hafenstandortes

Rostock auf. Der Planungszeitraum umfasst 15 Jahre, der Planungshorizont erstreckt sich bis zum Jahr 2030.

Der Hafenentwicklungsplan soll allen Beteiligten in Politik, Verwaltung und Wirtschaft eine Informations- und Entscheidungsgrundlage bieten. Darüber hinaus soll die Fortschreibung des HEP 2030 die Akzeptanz für die Erfordernisse der Hafenentwicklung in der breiten Öffentlichkeit vertiefen.

Ziel am Ende des Prozesses muss es sein, einen HEP zu erhalten, der eine verlässliche Rahmenbedingung für strategische Entscheidungen potentieller Ansiedler darstellt und die erforderliche langfristige Planungssicherheit für die gesamte Rostocker Hafenwirtschaft gewährleistet und dazu von der Bürgerschaft zur Kenntnis genommen wird.

Im Rahmen des Prozesses der Flächenvorsorge für die Hafenentwicklung erstellte Planungen, so u.a. das „Regionale Flächenkonzept hafenaffine Wirtschaft Rostock“ (2011) sowie dessen Aktualisierung aus dem Jahre 2013 fließen in den Hafenentwicklungsplan ein. Der aktualisierte Hafenentwicklungsplan ist auch eine wesentliche zu berücksichtigende Fachplanung der Rostocker Hafenwirtschaft für die vom Regionalen Planungsverband Region Rostock veranlasste Vorrangprüfung der beiden Vorbehaltsgebiete „Rostock Seehafen West“ und „Rostock Seehafen Ost“, deren Ergebnisse 2016 erwartet werden, und für daraus resultierende Bauleitplanungen der Hansestadt Rostock für die Entwicklung der Hafenflächen.

Gemäß Geschäftsbesorgungsvertrag der Hansestadt Rostock mit der Hafen-Entwicklungsgesellschaft Rostock mbH (HERO) ist letztere für die Erarbeitung und Fortschreibung der Hafenentwicklungsplanung der Rostocker Fracht- und Passagierhäfen zuständig (Überseehafen Rostock, Rostocker Fracht- und Fischereihäfen, Kreuzfahrtterminal Warnemünde).

Die Erarbeitung der nachstehend aufgeführten Bausteine des HEP 2030 erfolgt federführend durch die HERO, die eine Arbeitsgruppe der HRO regelmäßig über Inhalt und Fortgang der Arbeiten am HEP informiert:

- Anlass / Vorbemerkungen
- Hafen heute
 - Funktionen eines Hafens
 - Ist- Beschreibung Seehafen Rostock, RFH, WCC
- Hafen morgen
 - Trends / Entwicklungen
 - Prognosen 2030
 - Ableitung Infrastrukturbedarf
- Einordnung HEP in Regionalplanung / Landesplanung

Die betroffenen Ortsbeiräte und weitere Gremien der Bürgerschaft werden entsprechend der Erarbeitung des Plans informiert. Die Beteiligung der Öffentlichkeit erfolgt auch über das Rostocker Hafenforum.

Die Erstellung des Hafenentwicklungsplans 2030 ist für 2015/16 vorgesehen.

in Vertretung

Dr. Chris Müller

1. Stellvertreter des Oberbürgermeisters und
Senator für Finanzen, Verwaltung und Ordnung